

Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupreß

Sachspalten: West Dresden Nr. 31307

Amtsblatt

Zeitung, Adresse: Elbgaupreß Blasewitz

für die Amtshauptmannschaften Dresden-Alstadt und Dresden-Neustadt, das Umtsgericht Dresden
für die Superintendentur Dresden II, das Forstamt Dresden

und für die Gemeinden: Blasewitz, Weißer Hirsch, Laubegast, Dobritz, Wachwitz, Niederpoyritz, Hostiwitz, Pillnitz, Weitzig, Schönfeld
Publikations-Organ und Lokalanzeiger für Loschwitz, Rochwitz, Bühlau, die Lößnitzgemeinden, Dresden-Schlesien, -Neugrund und -Tolkewitz

Druck und Verlag: Elbgau-Verlagsanstalt Hermann Bräuer & So.

Erscheint jeden Montag nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag.
Bezugspreis: durch die Post vierzig Pf. — einschließlich Bestellung;
durch Boten frei ins Haus vierzig Pf. — monatlich 4.—
bei Abholung in der Geschäftsstelle vierzig Pf. — monatlich 3.—

Neue Konferenzen.

Man war sich überall in der Welt von vornherein darüber klar, daß die Konferenz in Spa — wenn sie nicht als ergebnislos abgebrochen würde — die erste von vielen internationalen Konferenzen sein würde. Dies wäre auch dann der Fall gewesen, wenn in Spa alle auf der Tagesordnung stehenden Punkte erledigt worden wären. Nun ist aber die Biedergutungsfrage auf eine neue Konferenz verschoben worden, die nach französischen Nachrichten am 20. August in Genf stattfinden soll.

Vorher aber — in den ersten Tagen des August — soll gleichfalls in der Schweiz eine internationale Bergarbeiterkonferenz tagen. Die deutsche Bergarbeiterkraft hat sich einmug hinter die Ausführungen ihres Führers, Otto Due, in Spa geklebt. Sie haben die Bedingungen erwogen, unter denen eine Überarbeitung im Bergbau geleistet werden könnte. Die beiden ersten Bedingungen — Steuerfreiheit des Überhöhengeldes und Überweitung von Geldbeiträgen an die Knapphaushäusern zwecks Aufzehrung der Pensionen — gehen nur die innere Finanzierung an. Der dritte Punkt dagegen: Sicherstellung einer besseren Ernährung, ist nur durch internationale Hilfe erfüllbar. Hier kann der internationale Bergarbeiterkongress wertvolle Hilfe leisten. Nicht nur in Deutschland, sondern auch in allen anderen Koblenzländern befinden die Bergleute weit über ihr Zahlverhältnis zu den übrigen Erwerbsständen hinaus sozialpolitische und politische Macht. Gelingt es den deutschen Vertretern auf dem kommenden Kongreß, ihre Vertragsgenossen für das deutsche Koblenzelnd und die daraus entscheidenden allgemeinwirtschaftlichen und politischen Gefahren zu interessieren, so kann für die Biedergutungskonferenz in Spa den deutschen Vertretern eine wertvolle Rüdenbedeutung in der Verteidigung unserer Lebensmöglichkeiten gegeben werden. In Spa hat sich herausgestellt, daß positive Vorschläge einer Seite einen starken Einfluß auf die zu treffende Entscheidung ausüben. Wäre eine deutsche Initiative in Spa gründlicher vorbereitet worden, so hätte sich dort vielleicht Besseres erzielen lassen. Heraus sollen wir lernen, auf künftigen internationalen Konferenzen jährl. dieser gerüstet zu sein.

Politische Nachrichten.

Die Feind-Transporte durch Deutschland.

Berlin, 20. Juli. Zu den zahlreichen, die Bevölkerung beunruhigenden Berichten über die Beförderung von Truppen und Kampfmateriel der Entente auf deutschen Eisenbahnen, die im Kriege Polens gegen Sowjet-Russland verwandt werden sollen, erhält W. L. B. von zuständiger Stelle folgendes: Es geben regelmäßige Nachläufe und Abschüsse zu den in den Abstimmungsgebieten stationierten Belagstruppen. Dementsprechend verkehren regelmäßig Züge über dieselben Strecken. Diese Transporte dienen lediglich dem Zweck, die Belagstruppen abzuholen und mit Material zu versorgen, und werden daraufhin von den deutschen zuständigen Stellen regelmäßig kontrolliert. Die Transporte erfolgen durchaus in Übereinstimmung mit der Ausführung des Friedensvertrages und stehen in keiner Beziehung zu den polnisch-russischen Kriegshandlungen. Sie können daher nicht in geringsten die von der deutschen Regierung erklärte Neutralität beeinträchtigen.

Berlin, 20. Juli. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, sind heute vormittag in Cuxhaven zwei Dampfer aus Amerika eingetroffen, die den Rest der in Amerika befindlich gewesenen tschechoslowakischen Legionäre brachten. Die Transporte der Tschechoslowaken durch Deutschland werden daher noch einige Zeit andauern. Das Reichswehrministerium, das von der Anhaltung des Transportzuges in Köln verständigt wurde, ordnete an, daß der Zug wegen der Sorge um die sächsische Arbeiterschaft nicht durch Sachsen weitergefahrt, sondern nach Bayern dirigiert werde.

Besiegung der Kriegsverbrechen.

Leipzig. Wie das "Leipziger Tagebl." von zuverlässiger Seite erfährt, sind beim Reichsgericht bislang insgesamt 1012 Strafsachen auf Grund des Gesetzes zur Verfolgung von Kriegsverbrechen vom 18. Dezember 1919 anhängig geworden. Hierunter enthält die überwiegende Zahl, insgesamt 886 Sachen, auf die Anklageliste der Entente. Der Oberrechtsanwalt ist in allen Fällen eingeschritten, in denen die Angeklagten der Entente über die Person der Beschuldigten ein Einschreiten überhaupt ermöglichten. Der Fortgang der Ermittlungsverfahren wird dadurch außerordentlich verzögert, das sowohl die früheren wie auch die neuen Auslieferungslisten ausreichende Angaben über die den Beschuldigten auf Post gelegten Taten, insbesondere das für die Beschuldigungen erforderliche Beweismaterial vermissen lassen. Durch Vermittelung des Auswärtigen Amtes ist an die ehemals feindlichen Regierungen vom Oberrechtsanwalt mit dem Erreichen herangetreten worden, um genaue Bezeichnung der strafbaren Handlungen, Ausklärung von Widersprüchen und Belebung von Beweismaterial. Von dem Ergebnis wird der Fortgang und die Erledigung der Verfahren abhängen.

Bolschewistischer Gimpeanz.

Unter dieser Überschrift macht die "Deutsche Tageszeit." (162 von 20. Juli) aufmerksam auf russische Werber, die unter glänzenden Versprechungen deutsche Fachmänner in den

Blasewitz Sonnabend, 31. Juli 1920.

Blasewitz

31. Juli 1920.

Anzeigen-Preis: die gespaltene Grundseite oder deren Raum 1.— Mark, im Textteil die Zeile 2.50 Mark, für Tabellen- und schwierigen Satz 50% Aufschlag.
Anzeigen-Annahme für die nächste Nummer bis vorm. 11 Uhr.

Dienst der Sowjetrepublik zu suchen hoffen. Es handelt sich um die Interessengemeinschaft der Auswanderungsorganisationen nach Sowjetland, die ihren Sitz in Leipzig hat.

Die "Deutsche Tageszeit." ist in der Lage, einen Brief veröffentlich zu können, der an einen deutschen Landwirt gerichtet ist, der die Auswanderung erwogen hatte. Es heißt da:

Es handelt sich um die Übernahme einer leitenden Stellung auf russischen Staatsgütern. Wie Ihnen vielleicht schon bekannt sein dürfte, sind in Russland alle größeren Kron- und Privatgüter in Staatsbesitz überführt worden. Der unterzeichneten Organisation nun, welche zwecks Überlassung von Siedlungsland im vergangenen Jahre und zum zweiten Male dieses Jahr je eine Delegation erfolgreich zur russischen Regierung entsandt wurde, wurde neben einem großen Siedlungsgebiet an der Wolga auch die Besiedlung der verträglich Großäcker übertragen. Die Art und Weise derseinen erzielten Sie aus den auf der leichten Spalte unserer beiliegenden Mitteilungen abgedruckten Bestimmungen für Sowjetgemeinschaften. Der Zweck der Besiedlung derselben mit deutschen Arbeitsträgern ist eine rationelle Nutzung der russischen Bodenfaktoren. In diesem Sinne sind die Verträge zwischen der russischen Regierung und unserer Organisation abgeschlossen. Wir haben nicht nur das Land zu besiedeln, sondern auch zur höchsten Produktionsfähigkeit zu steigern bezüglich Land-, Dorf-, Betriebswirtschaft, Samen-, Obstbau, Vieh-, Fisch-, Bienenzucht, Volkswirtschaft usw. Die physischen Arbeitskräfte hierzu sind in unserer Organisation zum Anwandern und Besiedeln genügend vorhanden. Wir sollen diese zu Russland besiedeln für die gesamte russische Bodenfaktur ausbauen.

Man sieht aus diesem Briefe, daß die Regierung in Moskau in der Tat einzieht, daß es so nicht weiter geht und daß sie entschlossen ist, den Schaden wieder gutzumachen, den aufgeprägter Nationalismus der russischen Volkswirtschaft nach Kriegsausbruch aufzufügt. Vor sechs Jahren als Direktoren von Fabriken, als Verwalter großer Güter hunderte von Deutschen in ganz Russland arbeiteten. Aber

als der Krieg kam, wurden sie alle aus ihrer Tätigkeit vertrieben und in Sibirien interniert. Noch sind die Zustände in Russland nicht gelehrt genug, daß man die Wiederkehr ähnlicher Rechtsbrüder für ausgeschlossen erklären könnte.

Über große Pläne und Entwürfe ist man nirgends hinausgekommen, so daß es schwer verständlich ist, wie Minister Simons im Reichstag die aufbauende Tätigkeit der Sowjetregierung uneingeschränkt preisen konnte. Er befand sich hier

in der ihm sicher selbst peinlichen Gesellschaft der kommunistischen "Rote-Zeitung", in deren Spalten ein Genosse Müller allerdings nicht genug rühmen kann. Aber es handelt sich eben nur um Freiheit und Verordnung, die auf dem Papier geblieben sind. Englische und italienische Arbeiter, die Gelegenheit hatten, sich an Ort und Stelle zu unterrichten, urteilten ganz anders.

Der Anteil der Landwirtschaft an dem jetzigen Brotpreis.

In der Hochzeitszeitung "Die Mühle" ist eine vom Verein schlechter Mühlen errechnete Aufstellung über die Belohnung des gegenwärtigen Brotpreises erschienen, die wir hier zum Abdruck bringen, um dem immer wieder erhobenen Vorwurf des Friedenswertunges und stehen in keiner Beziehung zu den polnisch-russischen Kriegshandlungen. Sie können daher nicht in geringsten die von der deutschen Regierung erklärte Neutralität beeinträchtigen.

Berlin, 20. Juli. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, sind heute vormittag in Cuxhaven zwei Dampfer aus Amerika eingetroffen, die den Rest der in Amerika befindlich gewesenen tschechoslowakischen Legionäre brachten. Die Transporte der Tschechoslowaken durch Deutschland werden daher noch einige Zeit andauern. Das Reichswehrministerium, das von der Anhaltung des Transportzuges in Köln verständigt wurde, ordnete an, daß der Zug wegen der Sorge um die sächsische Arbeiterschaft nicht durch Sachsen weitergefahrt, sondern nach Bayern dirigiert werde.

Verfolgung der Kriegsverbrechen.

Leipzig. Wie das "Leipziger Tagebl." von zuverlässiger Seite erfährt, sind beim Reichsgericht bislang insgesamt 1012 Strafsachen auf Grund des Gesetzes zur Verfolgung von Kriegsverbrechen vom 18. Dezember 1919 anhängig geworden. Hierunter enthält die überwiegende Zahl, insgesamt 886 Sachen, auf die Anklageliste der Entente. Der Oberrechtsanwalt ist in allen Fällen eingeschritten, in denen die Angeklagten der Entente über die Person der Beschuldigten ein Einschreiten überhaupt ermöglichten. Der Fortgang der Ermittlungsverfahren wird dadurch außerordentlich verzögert, das sowohl die früheren wie auch die neuen Auslieferungslisten ausreichende Angaben über die den Beschuldigten auf Post gelegten Taten, insbesondere das für die Beschuldigungen erforderliche Beweismaterial vermissen lassen. Durch Vermittelung des Auswärtigen Amtes ist an die ehemals feindlichen Regierungen vom Oberrechtsanwalt mit dem Erreichen herangetreten worden, um genaue Bezeichnung der strafbaren Handlungen, Ausklärung von Widersprüchen und Belebung von Beweismaterial. Von dem Ergebnis wird der Fortgang und die Erledigung der Verfahren abhängen.

Bolschewistischer Gimpeanz.

Unter dieser Überschrift macht die "Deutsche Tageszeit." (162 von 20. Juli) aufmerksam auf russische Werber, die unter glänzenden Versprechungen deutsche Fachmänner in den

einandersezung mit den aufgeregteten Arbeitern verlegt werden. Eine weitere Meldung berichtet: Die tumultuare Ausritte haben heute kurz nach der Mittagsstunde ihren Abschluß gefunden. Es wird darüber mitgeteilt: Die Direction sagt zu, daß in den Betrieben, in denen eine 48-stündige Arbeitswoche noch nicht eingeführt ist, diese sofort eingeführt werden soll. Weiter wird das Werk den 10-prozentigen Steuerabzug rückwärts übernehmen. Die durch die heutigen Vorgänge entgangenen Lohnausfälle wird das Werk tragen. Über die Frage der Lohnerhöhung wird morgen, wie vorgesehen war, verhandelt werden. Bedauerlicherweise wurden einige hervorragende Mitglieder der Direction schwer mißhandelt, das sie voraussichtlich längere Zeit dienstunfähig sein werden. (B. L. B.)

Der Vormarsch gegen Warschau begonnen.

Genf, 20. Juli. Danas meldet: Ein Moskauer Buntspur zeigt den begonnenen Vormarsch der roten Armee auf Warschau an.

Basel, 20. Juli. Die "Nationalzeitung" meldet aus Warschau: Kundgebungen vor den Ententegefechtshäfen finden hier statt. Die abermalige Räumung von Brest-Litovsk ist amtlich noch nicht angegeben worden. Das Hauptquartier ist jedoch bereits nach Siedes zurückgelegt.

Macht der polnischen Regierung nach Krakau?

Zürich, 20. Juli. Der "Tagesanzeiger" meldet aus Paris: Hier wird bekannt, daß die Verlegung der polnischen Regierung von Warschau nach Krakau verschlossen und vorbereitet ist, falls die Englinie aufzugeben werden muß. Die Befreiungskonferenz warnt lediglich das Ergebnis der Befreiungskontakthandlungen am 30. d. Mon. ab. Infanterie der Befreiungskontakt nicht aufzuhören kommt, ist die gesamte Mobilisierung der alliierten Heere für Polen auszusprechen.

Macht der Befreiungskontakt? Zürich, 20. Juli. Die Befreiungskontakt ist eine Sitzung des Ministerrums des Neuen am 20. Juli. Die Befreiungskontakt und eine Sitzung der englisch-französischen Militärförderung mit dem Ministerkantat. Es wurde über die Hilfe der Entente gegenüber Polen beraten. Die Hilfe soll mit größter Beschleunigung bereit gestellt werden, um falls der Befreiungskontakt nicht aufzuhören kommt, bereit zu sein.

Holzschwelle Entscheidungen. Basel, 20. Juli. Der "Anzeiger" meldet aus Paris: Die Einberufung der letzten ausgetretenen acht französischen Fahrgänge wird am kommenden Montag beendet sein. Die Fortsetzung der Sowjetvormarsches um nur noch wenige Kilometer wird an den folgenden wichtigen Entscheidungen über den Frieden in Mitteleuropa führen.

Rußland will Polen wegradieren. Rotterdam, 20. Juli. Die "Times" meldet: Die Moskauer Funktionärs gibt jetzt zum ersten Mal seit vielen Monaten der Welt wieder Kunde von den Verhandlungen im Moskauer großen Sowjet. Die letzten Telegramme vom Sonntag und Montag geben Beschlüsse des Sowjets wieder, wonach ein Frieden mit Polen nur geschlossen werden dürfte bei Befreiung einer direkten Grenze mit Deutschland und der Anerkennung der Sowjetrepublik durch die Entente.

Die Kosten der Besetzung. Berlin, 20. Juli. Der Haushaltshaushalt des Reichs erledigte heute den Rest des Haushaltspans für das Reichsministerium des Innern und betraf dann den Rest des Reichsministeriums. Abg. Städten (Soz.) teilte über die besetzten rheinischen Gebiete mit: Bis Ende April seien von uns bezahlt worden 1788 Millionen in vor, außerdem an unmittelbaren Leistungen 1565 Millionen, insgesamt 3348 Millionen. Die Ansprüche der fremden Offiziere aus Wohnung und deren Ausstattung sind außerordentlich hoch. Der Delegierte der Rheinlandkommission hat eine Wohnung und für deren Ausstattung 28 000 Mark verlangt, während dessen Gemahlin dann noch weitere Forderungen gestellt hat. So mußte das Reich an den finanziellen Ruhm gebracht werden. Reichsminister v. Hammer betont gegenüber diesen Ausschreibungen, daß in der Tat die Frage aufgeworfen werden müßte, wie Deutschland die Reparationsosten tragen sollte, wenn für die Besetzung der besetzten Gebiete so unberechenbar hohe Summen ausgegeben werden müßten. Eine Bemerkung der Truppen würde unsere Kosten absumieren müssen. Abg. Dr. Becker-Hessen (D. W.) verlangt, daß bei den Verhandlungen im Senat auf Abmilderung der unzureichenden Kosten der Besetzungstruppen hingewirkt werde. Ein Regierungssprecher teilte mit, daß die Absicht besteht, über das Vorgehen der Besetzungstruppen bei dem hohen Rat Einspruch zu erheben. — Abg. Müller-Franken (Soz.) verlangt eine Sammlung des Materials über das verschwendliche Vorgehen der Franzosen in dem besetzten Gebiete und seine Verbreitung in anderen Ländern, um der ganzen Welt zu zeigen, wie außerordentlich durch die ungeheure Belastung die Erfüllung der Reparationspflichten erschwert wird. — Abg. Mumm (Dithmarsch) verlangt einmütige Stellungnahme des Reichstags gegen die schwarze Schmach und beschwert sich darüber, daß auch die Worte der Besetzungstruppen von deutschen Steuerzahler bezahlt wurden. Bei der Abstimmung wurde die Forderung des Abg. Becker-Hessen in Form einer Resolution anerkannt. Die Unabhängigen stimmten gegen (11) die Forderung, die schwarzen Truppen durch welche zu erledigen. Angenommen wurde ferner eine Resolution der Sozialdemokratie, nach der die Unterbringung und Versorgung

Landwirtschaft	mit 70.— Mk. = 25,40 v. H.
Reichsgetreidestelle	mit 90.— Mk. = 32,00 v. H.
Wälzer	mit 18.— Mk. = 5.— v. H.
Pädagog.	mit 84.— Mk. = 30,50 v. H.
Spesen des Gemeindeverbandes	mit 9,65 Mk. = 3,20 v. H.
Vermittler und Unter Vermittler	mit 1,10 Mk. = 0,40 v. H.
Bodenverteilungsstellen	mit 1.— Mk. = 0,36 v. H.
Bereidene Unlosten	mit 2,40 Mk. = 0,90 v. H.
Minen für Betriebskapital	mit 2,15 Mk. = 0,80 v. H.
Betriebsaufsichtsbüro	mit 0,50 Mk. = 0,18 v. H.
Entsiedelnde Mehrlösten (noch letzter Berechnung)	mit 1.— Mk. = 0,36 v. H.
Rugen des Gemeindeverbandes	mit 0,80 Mk. = 0,30 v. H.

275,60 Mk. = 100.— v. H.

Hier nach stellt sich der Anteil der Landwirtschaft an dem gegenwärtigen Brotpreis genau auf ein Viertel, während der Anteil der Reichsgetreidestelle und der Wälzer nahezu je ein Drittel beträgt. Die hohe Beteiligung des Reichsgetreidestellens an der Versteigerung des Brotes erklärt sich allerding zum größten Teil aus dem Aufschwung, der von dieser zur Verbilligung des zur Deckung der fehlenden Getreidebestände eintretenden ausländischen Getreides, von dem die Tonnen zurzeit sich etwa auf 7500 M. stellt, aufzuwenden ist.

Arbeiterunruhen in den Höchster Farbwerken.

Aus Höchst a. M., 20. Juli, wird berichtet: Zu größeren Arbeiterunruhen kam es heute vormittag vor dem Direktionsgebäude der Farbwerke vorm. Meister, Luehrs u. Brüning. Unzufriedenheit der Arbeiter mit Lohn- und Arbeitszeitfragen sowie Umlauffälligkeiten über den Steuerabzug sollen den Anlaß dazu gegeben haben. Die Menge standt an den Eingängen, im Treppenhaus des Direktionsgebäudes und auf der Straße. Während eine Abordnung der Arbeiter mit der Direction verbündete, drohte plötzlich im Treppenhaus das Gefändern. Eine große Anzahl Menschen stürzte in die Tiefe. Zahlreiche Personen trugen schwere Verletzungen davon. Ein junger Mann ist seinen Verletzungen bereits erlegen. Einer der Direktoren soll bei der Aus

zung der Bevölkerungsgruppen anstatt den Gemeinden der Reichsvermögensverwaltung übertragen wird.

Eine neue Kohlenpreiserhöhung.

Berlin, 29. Juli. Im Großen Ausschuss des Reichskohlenrates wurde ein Antrag angenommen, vom 1. August ab eine Kohlenpreiserhöhung des rheinisch-westfälischen Kohlenkonsortiums um 9 M. pro Tonne einzutreten zu lassen, nachdem Staatssekretär Dr. Hirsh mitgeteilt hatte, die Reichsregierung sei bereit, für den Bergarbeiterbeimittelfonds sofort 300 Millionen Mark im Kreditwege flüssig zu machen. Der Staatssekretär legte gegen die Erhöhung namens der Reichsregierung Einspruch ein. Es wurde ein kleiner Auszug aus Arbeitgeber, Arbeitnehmern und einem Verbraucher gewählt, der dem Reichskabinett den Standpunkt der Bergarbeiterinteressen morgen darlegen soll. Schließlich fanden Verhandlungen statt, die auf eine Ermäßigung der Staatskohlenpreise hinzielten. Diese Verhandlungen dauern noch an.

Regelung des Reichsverhältnisses der Handelskünste.

Wie das "B. T." hört, sollen die Rechtsverhältnisse der Handelskünste demnächst für das ganze Reich einheitlich geregelt werden. Ueber die wichtigsten Fragen des neuen Ausdienstrechtes werden im Reichsarbeitsministerium Befreiungen mit den Vertretern der beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände stattfinden.

Das holländisch-deutsche Preidiabkommen besteht weiter.

Hag, 29. Juli. Korrespondenzbüro. Zu dem vom Ausschuss der Ersten Kammer über das Kredit- und Kohlenabkommen für Deutschland gemachten Ausmerkungen erklärt die niederländische Regierung, daß die Befreiungen in Spa an Deutschlands Handelsfreiheit gegenüber Holland nichts ändert haben. In einem Briefe erklärt der Reichskanzler Leibnitz ausdrücklich, daß seine Regierung voll und ganz bereit sei, die vertraglichen Verpflichtungen ihrer Vorgängerin zu erfüllen. Beugig der Ausführung des Kohlenabkommens sind keine internationalen Verwicklungen zu befürchten.

Auslagerungen in Danzig.

Danzig, 29. Juli. Gelegentlich einer heute nachmittags aus dem Deumarkt abgehaltenen Demonstrationversammlung kam es zu schweren Ausschreitungen vor dem Regierungsgebäude. Der hier in einer Sitzung des Staatsrates anwesende Oberbürgermeister Sahn wurde gewaltsam herausgeholt und schwer mishandelt. Er wurde angeplündert und von vielen, die ihn erreichen konnten, ins Gesicht geschlagen. Der Oberbürgermeister mußte von der Treppe des Landeshausans der Menge verschwinden, da er sich für die Erfüllung der Forderungen einsetzen werde. Beim Abzug der Menge kam es zu einem Zusammenstoß mit der Sicherheitswehr. Durch Maschinengewehrschüsse wurde ein Arbeiter getötet und mehrere verletzt.

Danzig, 29. Juli. Die Ruhe ist wieder hergestellt. General Hausing, der Oberkommandierende der Besatzungstruppen, empfing abends Besitzer der Danziger Presse und brachte eine Nachricht des Organs der Unabhängigen, daß 25 englische Soldaten wegen verwirrigerer Entladung des für Polen bestimmten Munitionsdampfers "Triton" in Haft gebracht worden seien. Diese Meldung habe die Menge veranlaßt, den Betrieb zu unterbrechen, die verbasteten Soldaten zu befreien. Die Demonstrationversammlung war wegen des zu hohen Steuersatzes und der ständig steigenden Versteuerung der Lebensmittel veranstaltet worden.

Bandarbeiterstreik in Braunschweig.

Braunschweig, 29. Juli. Im Kreis Wolsenbüttel sind die Bandarbeiter in den Ausstand getreten. Wie die Braunschweiger Neuen Rundschau melden, liegen bis jetzt Nachrichten aus etwa 20 Ortschaften über den Ausbruch des Streiks vor. Eine Ausdehnung auf den Landkreis Braunschweig ist bereits erfolgt.

Internationale Bergarbeiterkonferenz.

Einer Meldung aus Genf folge haben sich zur Teilnahme an der am Montag beginnenden internationalen Bergarbeiterkonferenz bisher 70 englische, 35 deutsche, 25 Franzosen, 15 Belgier, 1 Österreicher und 1 Ungar angemeldet. Auf der Tagesordnung steht die von den Engländern vorgeholte Nationalisierung der Bergwerke in allen Staaten sowie die an ein deutsches Vorschlag betr. die internationale Verteilung der Kohlen und Einführung des Schiedsgerichtstages.

Stapelau eines großen Danziger Dampfers.

Danzig, 29. Juli. Auf den Kunden Nordseewerken ist für die "Aktus", Danziger Reederei und Handels-Akt.-Ges., ein Frachtdampfer von 5000 Tonnen Tragfähigkeit zum ersten Male unter der Danziger Flagge vom Stapel geladen. Der Dampfer hat den Namen "Danzig" erhalten. Die Fertigstellung soll bis September dieses Jahres erfolgen. Weitere Stapellauf für dieselbe Reederei und unter derselben Flagge sollen folgen.

Festlassung Bela Khans.

Berlin, 29. Juli. Am 22. d. J. hat der ungarische Vertreter in Berlin angekündigt, daß die ungarische Regierung einen Antrag auf Auslieferung Bela Khans stellen werde. Seitdem ist eine Woche vergangen, ohne daß der Antrag bei der deutschen Regierung eingegangen wäre. Da es nicht angängig erscheint, den vorläufig in Haft genommenen Verlorenen ohne rechtliche Grundlage weiter die Freiheit vorzuenthalten, hat die deutsche Regierung beschlossen, die Abreise Bela Khans und seiner Begleiter in das von ihnen selbst gewählte Ausland nicht länger zu verhindern.

Gegen die Juden in Ungarn.

Wien, 28. Juli. Gestern und vorgestern machten sich in den Straßen Budapests Truppen von je hundert Mann bewaffnet, die die Juden anzielten und fragten, ob sie Juden seien. Später drangen in das Café "Club" auf dem Georgievordring bewaffnet Männer im Sportanzug ein und überfielen die anwesenden Gäste, nachdem sie zuvor die Telefonhörer abgeschnitten hatten. Ein Teil flüchtete auf die Straße, wurde aber von den Angreifern verfolgt. Der Direktor der ungarischen allgemeinen Sparkasse, Arthur Berdey, erhielt einen Schuß und starb auf der Stelle. Der Adelsrat Nagy Bartók wurde durch einen Kopfschuß getötet, der Privatbeamte Julius Kramer ebenfalls durch Kopfschuß schwer verletzt. Die Polizei hat eine energische Untersuchung angeleitet. Ministerpräsident Graf Teleki erklärte einer Deputation des Verbandes der Sparkassenvereine, daß er energetisch Ordnung werde schaffen lassen, bisher ist aber noch nichts erfolgt.

Aufstand unter bolschewistischer Herrschaft.

London, 29. Juli. Die "Times" melden aus Konstantinopel, daß Aserbaidschan sich jetzt vollständig unter bolschewistischer Herrschaft befindet. Von den sechs Oberkommissaren, die das Land regieren, sind zwei Russen, zwei Georgier und nur die beiden am wenigsten einflussreichen Tatioten. Das Heer besteht beinahe ausschließlich aus Russen, und zwar größtenteils aus Truppenteilen der früheren Astrochararmee, sowie der 20. bolschewistischen Division.

Französische Feier des Waffenstillstandsabos.

Paris, 29. Juli. Ein Antrag, das Jubiläum der französischen Republik am Tage des Abschlusses des Waffenstillstandes, also am 11. November, zu begehen, ist vom Kammerausschuß angenommen worden.

Paris, 29. Juli. (Kavas.) Die Kommission hat die Vorlage über die Gewährung einer Amnestie einstimmig angenommen.

Das Ende eines Königssturmes.

Leipzig, 29. Juli. (Kavas.) Die Franzosen sind in Damaskus eingezogen und haben den Bahnhof und die

öffentlichen Gebäude besetzt. Die Truppen fanden auf dem Marsche zahlreiches vom Feinde auf seiner regellosen Flucht zurückgelassenes Material vor. Am 28. Juli hat sich eine neue Regierung gebildet. General Gouraud ist der Chef und seitdem mit dem Emir Hassel, der das Land für bis an den Tag des Abgründes gehabt habe, angehört habe zu regieren. Es soll eine Kriegskontribution von 10 Millionen als Wiedergutmachung für die durch den Feldzug entstandenen Schäden gezahlt werden. Die Entwaffnung werde in den westlichen Gebieten sofort beginnen. Die Armee werde in eine Polizeitruppe umgewandelt und stark verminder werden. Das Kriegsmaterial solle an die Franzosen ausgeliefert und die Hauptbeschuldigten den militärischen Gerichten überantwortet werden.

Sächsische Nachrichten.

* Die Folgen des Kohlenabkommen von Spa treten bereits in Erziehung. Wie man hört, geht die Reichsregierung mit der Absicht um, durch eine Verordnung den Verbrauch von Nicht für Unternehmungen, die dem Bergbau und dem Luxus dienen, wiederum einzuschränken. Es soll jedoch darauf Bedacht genommen werden, daß die Wirtschaftlichkeit der betreffenden Betriebe dadurch nicht gefährdet wird. Das Interesse der deutschen Industrie und die drohende Arbeitslosigkeit sollen derartige Einschränkungen unbedingt erfordern. Im übrigen sei noch darauf hingewiesen, daß wir in nächster Zeit noch so manche Übertreibung in dieser Beziehung erleben werden. Viele nehmen das Kohlenabkommen sozusagen auf die leichte Achsel, sie glauben, daß wie es in Zukunft besser bekommen werden.

* Schönung der Alazien und Lindenbäume. Die Alazien der Umber über den Rückgang der Pollenschlorae werden von Jahr zu Jahr dringender und die Honigprodukte gehen immer weiter zurück. Dies liegt vor allem mit daran, daß die beiden blütenreichsten Bäume unserer Heimat immer mehr ausgerottet werden und für Nachwuchs nicht genügend gesorgt wird. Was aber der Honig für die Pollernährung und als Heilmittel bedeutet, werden wir mit allen zu schätzen wissen. Mit dem Auftreten der Bienenvölker, die jetzt ohne Bienenfilterung überwinteren müssen und dabei leicht dem Erfrieren anheim fallen, wird auch der Bruttanfang vieler Pollengewächse, Obstbäume usw. erheblich beeinträchtigt, die sie an Intelligenzbruchung angewiesen sind. Es muß also nicht nur von den Behörden, sondern vor allen auch von den Gartenbehörden darauf geachtet werden, daß den Alazien und Linden ein entsprechender Schutz zuteil wird und sollte man auch bei etwaigen Renanpflanzungen aus obigen Gründen diesen Bäumen den Vorzug augen.

* Anmeldungen zur Meisterprüfung. Die im Bezirke der Kreishauptmannschaft Dresden wohnenden Handwerker, welche sich der Meisterprüfung im Sinne von § 183 der Gewerbeordnung im bevorstehenden Herbst unterziehen wollen, werden darauf hingewiesen, daß sie ihr Gesuch um Zulassung zur Prüfung bis 15. August an die Geschäftsstelle der Gewerbeammer Dresden, Grunaerstraße 50 einzufügen haben. Später eingehende Besuche können möglicherweise erst im Frühjahr 1923 verüfflichtigt werden. In dem Zulassungsgesuch ist das Gewerbe zu bezeichnen, in dem die Prüfung erfolgen soll. Die folgenden Unterlagen sind beizufügen: 1. ein vom Geschäftsteller selbstständig verfaßter und eigenhändig geschriebener Lebenslauf, 2. der Nachweis über die Zeit, die der Geschäftsteller als Geselle in dem betreffenden Handwerk tätig gewesen ist (Arbeitszeugnisse), 3. die Zeugnisse der gewerblichen Bildungsanstalten, die der Geschäftsteller etwa besucht hat, 4. das Lehr- und Gesellenprüfungszeugnis, 5. eine behördliche Aufenthaltsbescheinigung (Wohnungsmeldeschein), 6. Vorschläge für das Meisterstück, 7. Prüfungsgebühr; dieselbe beträgt im allgemeinen 100 M. im Maurer- oder Zimmerhandwerk und im Dachdeckerhandwerk, wenn die Prüfung im Schiefer- und Siegeldachdeckerhandwerk abgelegt wird, 150 M. usw. die Versicherung, daß der Prüfling sich noch nicht anderwärts zur Prüfung gemeldet hat, oder die Angabe, wo und wann dies bereits geschehen ist und 9. die Angabe, ob und bezahltensfalls welcher Innung der Geschäftsteller angehört.

* Anmeldung deutscher Vermögens in Polen. Noch neueren, der Handelsammer Dresden erst jetzt angegangenen Nachrichten empfiehlt es sich, deutsches Vermögen in Polen auf Grund des polnischen Gesetzes vom 4. März 1920 sofort bei den zuständigen polnischen Behörden anzumelden, da deutsche Bürger angeblich zu einer solchen Anmeldung ohne Rücksicht auf ihren gegenwärtigen Wohnort verpflichtet sind, wenn sie nicht im Gefäß vom 4. März 1920 vorgesehenen Strafe verfallen wollen. Es wird ihnen deshalb anteilig gegeben, unverzüglich in der Zeit von 1/2 bis 1 Uhr in der Rangier der Handelsammer Dresden, Albrechtstraße 4 vorzusprechen und deren Unterlagen für die vorzunehmende Anmeldung einzufüllen.

* Neuer Fernsprechtarif. Dem Handelsamtshaus der Pfalz wurde vom Reichspostminister mitgeteilt, daß baldmöglichst dem Reichstag ein neuer Fernsprechtarif vorgelegt wird. Geplant ist eine Anschlußgebühr, entsprechend den Gehaltskosten der Verwaltung nach der Größe der Einzelanlage, sowie eine Gesprächsgebühr, die nach der Zahl der vermittelten Gespräche gestaffelt wird. Die gesamten Gebühren werden also durch den Grad der Benutzungsmöglichkeit und der tatsächlichen Benutzung bestimmt.

Ein Einheitsstoff für die Zivilbevölkerung?

Wie aus Halle gemeldet wird, finden gegenwärtig zwischen den Reichsbahndiensten und dem sächsischen Zivilbevölkerung Verhandlungen statt über die Anfertigung eines militärtypischen Einheitsstoffes für die Rivalbedienstung. Es sollen umfangreiche Aufträge gegeben werden, um Betriebs einschränkungen vorzubürgeln.

* Pfauenmenmus darf wieder hergestellt werden. Durch Bekanntmachung im Reichsamt für das Wirtschaftsgefecht wird mit dem 28. Juli das Verbot betr. die Herstellung und den Abtransport von Pfauenmenmus außer Kraft gesetzt. Pfauenmenmus darf also wieder hergestellt werden.

* Im amtlichen Teil dieser Nummer befinden sich Bekanntmachungen des Reichsfinanzministeriums betr. Justizarten und der Amtshauptmannschaft Dresden-Alstadt betr. Gleichwertstellung für die Zeit vom 28. Juli bis 1. August und August-Meldung über Kohlenverbrauch und Bedarf der meldepflichtigen Großbetriebe.

Dresden.

* Höchstpreis für Frühkartoffeln. Durch Bekanntmachung des Lebensmittelamtes wird der Höchstpreis für Frühkartoffeln beim Verkaufe durch den Erzeuger für den Freistaat Sachsen ab 1. August 1920 zunächst auf 22 M. für den Zentner herabgesetzt.

* Zur Nachahmung. Dem Verein Heimdal auf für die Stadt Dresden sind folgende normative Spenden überwiesen worden: 10000 M. von der Zigarettenfabrik Gustav A. Jaschinski, A.-G., 3000 M. von den Tabak- und Zigarettenfabriken Compagnie Pferme, 300 M. von der Maschinenfabrik König-Friedrich-August-Hütte, Voitschappel, 300 M. von der Baubank für die Residenzstadt Dresden.

* Einbruchsdiebstahl. Aus einem Geschäft in der Scheffelstraße wurden in der Nacht zum Mittwoch etwa einhundert Stück Straußenboas, fünf echte Reißbälge und ein Vossen Blumenlaub gestohlen. Das Diebesgut wurde in gestohlenen Papptaschen fortgetragen. Die gestohlene Birma hat für Wiederherstellungsfassung der Waren eine angemessene Belohnung zugesichert. Ferner wurden aus einer Fischhandlung in der Trompeterstraße 280 Büchsen Delardines und einige Dosen Herings und geräucherte Fische im Gesamtwert von 200 M. gekohlet. Der Bestohlene hat für die Wiederherstellung der Waren eine entsprechende Belohnung ausgelegt. Die Kriminalpolizei warnt vor Ankauf der Sachen und bittet um ausklärende Mitteilungen.

Politzow.

* Zum Ehrenmitglied des Obersvereins wurde Herr Gemeindeworstand Räther für langjährige verdienstvolle Mitarbeiter als Vorstandsmitglied ernannt und Herrn Wally Cidler für die mutige, unerschrockene Verfolgung eines Verbrechers, wobei er von diesem angeschossen wurde, eine besondere Auszeichnung noch nachträglich laut Vereinsbeschluss zugeteilt. Der Vorstande überreichte demselben eine Auszeichnung und gratulierte ihm zu seiner Widmung.

* Zugunsten der Grenzspende findet heute Sonnabend im Garten und sämtlichen Räumen des Hotels Demitz ein Wohltätigkeitsfest statt, das um 5 Uhr nachmittags seinen Anfang nimmt. Der Frauenchor, der Männergesangverein und der Turnverein haben sich der edlen Sache zur Verfügung gestellt, während das Konzert und die Ballmusik von der beliebten Helbig-Kapelle ausgeführt wird. In der Tiefe treten hervorragende Künstler auf. Auch Preiswerte und Abendkonzerte sind noch für Volksbelustigungen geplant und abends wird ein Feuerwerk abgezündet. Also eine Fülle von Darbietungen, die einen Massenfeuer erwarten und nur wünschen läßt, daß auch die Wettergewaltigen dazu ihren Segen geben mögen.

Laubegau.

* Inspektion der Feuerwehr erfolgt am Sonntag, den 1. August. Es wird deshalb die Feuerwehr an diesem Tage vormittags zwischen 8 und 10 Uhr durch das Signal "Feuer im Ort" alarmiert werden, was der Gemeindeworstand zur Vermeidung von Beunruhigungen bekannt gibt.

Burg.

* Die gesetzliche Form und Qualität ist mit Genehmigung des Justizministeriums aufgehoben worden. Die Aufsichtsbefugnis sind deshalb auf den Verwaltungsvorstand des Bezirksvorstandes der Amtshauptmannschaft übergegangen; wie aus einer amtlichen Bekanntmachung in vorliegender Nummer ersichtlich.

Neustadt, Achtung Spitalbuben. Nachstehendes Interat, das nie blieb läßt, findet sich in der letzten Nummer der "Zeitung für das Neustädter Hochland": Achtung! Spitalbuben! Ich bewege Max Wünsches Helder nicht mehr.

Großenhain, Einbruchsdiebstahl. In der vorletzten Nacht wurde in der Kattunobjekt Bernhard Hausek, hier, ein schwerer Einbruchsdiebstahl verübt. Diese haben aus dem sogenannten Dampfssaal 340 Meter Rohresse und 20 Meter blaue Garnituren gestohlen. Der Wert der gestohlenen Stoffe beträgt gegen 15000 Mark.

Nördlich, Verbandstag der Schneiderinnungen Sachsen. Der hier stattgefundenen Verbandstag nahm folgende Entscheidung einstimmig an: Der am 25. und 26. Juli in Nördlich tagende Verband der Schneiderinnungen Sachsen bestellt auf dem Textilmittel und die dadurch entstandene Liefersteuerung der notwendigsten Kleidungsstücke. Das Schneiderhandwerk leidet selbst darunter und würde im Interesse des laufenden Publikums als auch seiner Mitglieder, daß recht bald eine Senkung der Preise für Nähmaterialien auf eine für die Allgemeinheit und das Schneiderhandwerk exträgliche Höhe eintreten möchte. Der Verband protestiert gegen die irretribenden Setzungsnormen der Nähmaterialien zur Sicherung der Nähmaschinen und mittelelfenziellen Nähmaschinen eine schwere Konkurrenz der selbstdienenden Gewerbe sind. Als Ort des nächsten Verbandstages wurde Nördlich tagende Verband der Schneiderinnungen Sachsen erklärt sich gegen jede Art von Sozialisierung und Kommunalisierung des selbstdienenden Schneidergewerbes, da dadurch zahlreiche selbstdienende Existenz vernichtet und eine große Anzahl von Gehilfen brotlos gemacht werden. Weiter protestiert er gegen die Verbehaltnisse und Neuordnung von kommunalen und behördlichen Werkstätten, die diese unter Benutzung von allgemeinen Mitteln, Maschinen und mittelfreien Räumen eine schwere Konkurrenz der selbstdienenden Gewerbe sind. Als Ort des nächsten Verbandstages wurde Nördlich tagende Verband der Schneiderinnungen Sachsen erklärt sich gegen jede Art von Sozialisierung und Kommunalisierung des selbstdienenden Schneidergewerbes, da dadurch zahlreiche selbstdienende Existenz vernichtet und eine große Anzahl von Gehilfen brotlos gemacht werden. Weiter protestiert er gegen die Verbehaltnisse und Neuordnung von kommunalen und behördlichen Werkstätten, die diese unter Benutzung von allgemeinen Mitteln, Maschinen und mittelfreien Räumen eine schwere Konkurrenz der selbstdienenden Gewerbe sind. Als Ort des nächsten Verbandstages wurde Nördlich tagende Verband der Schneiderinnungen Sachsen erklärt sich gegen jede Art von Sozialisierung und Kommunalisierung des selbstdienenden Schneidergewerbes, da dadurch zahlreiche selbstdienende Existenz vernichtet und eine große Anzahl von Gehilfen brotlos gemacht werden. Weiter protestiert er gegen die Verbehaltnisse und Neuordnung von kommunalen und behördlichen Werkstätten, die diese unter Benutzung von allgemeinen Mitteln, Maschinen und mittelfreien Räumen eine schwere Konkurrenz der selbstdienenden Gewerbe sind. Als Ort des nächsten Verbandstages wurde Nördlich tagende Verband der Schneiderinnungen Sachsen erklärt sich gegen jede Art von Sozialisierung und Kommunalisierung des selbstdienenden Schneidergewerbes, da dadurch zahlreiche selbstdienende Existenz vernichtet und eine große Anzahl von Gehilfen brotlos gemacht werden. Weiter protestiert er gegen die Verbehaltnisse und Neuordnung von kommunalen und behördlichen Werkstätten, die diese unter Benutzung von allgemeinen Mitteln, Maschinen und mittelfreien Räumen eine schwere Konkurrenz der selbstdienenden Gewerbe sind. Als Ort des nächsten Verbandstages wurde Nördlich tagende Verband der Schneiderinnungen Sachsen erklärt sich gegen jede Art von Sozialisierung und Kommunalisierung des selbstdienenden Schneidergewerbes, da dadurch zahlreiche selbstdienende Existenz vernichtet und eine große Anzahl von Gehilfen brotlos gemacht werden. Weiter protestiert er gegen die Verbehaltnisse und Neuordnung von kommunalen und behördlichen Werkstätten, die diese unter Benutzung von allgemeinen Mitteln, Maschinen und mittelfreien Räumen eine schwere Konkurrenz der selbstdienenden Gewerbe sind. Als Ort des nächsten Verbandstages wurde Nördlich tagende Verband der Schneiderinnungen Sachsen erklärt sich gegen jede Art von Sozialisierung und Kommunalisierung des selbstdienenden Schneidergewerbes, da dadurch zahlreiche selbstd

abends im Schwaneninstitut. Dr. Hoffmann-Kutschke sprach über das Thema „Juden, die Könige der Welt“ rezipierten, wobei er jedoch berart angefeindet wurde, daß es zu Handgreiflichkeiten, zur Feuerwehr und gewaltigem Radau kam.

Auerbach. Um die Selbstverwaltung der Amtshauptmannschaft Auerbach sah anlässlich der Ernennung des Regierungspräsidenten Scheler zum Amtshauptmann auf Stelle des nach Oschatz versetzten Amtshauptmannes Vogel von Kommandoschäden eine Entschließung, in der von der Regierung verlangt wird, im kommenden Gemeindeverfassungsgesetz eine Bestimmung vorzusehen, daß es ebenso wie den Gemeinden auch den Amtshauptmannschaften möglich ist, ihre Vorstehenden selbst zu wählen.

Vlaun i. B. Demonstrationen. Vom Gewerkschaftskreis und dem Arbeitskollektiv waren in drei großen Sälen Versammlungen einberufen, die sich mit der „Wirtschaftskrisis und dem Abbau der Arbeitsmehrunterstützung“ beschäftigen. Im gleichmäßig gehaltenen Entschließungen wurde eine durchgreifende Hilfsaktion in Form einer Wirtschaftsbevölkerung für die Erwerbslosen gefordert. Sollte die Stadt außerstande sein, solche zu gewähren, werde an die kapitalistischen Kreise herangeführt werden. Würden die hierzu ausfordernden Personen nicht freiwillig kommen, dürften sie sich nicht wundern, wenn man sie hole. (1) An die Versammlungen schlossen sich Demonstrationszüge vor das Rathaus, die etwa gleichzeitig dort eintrafen. Dort wurden die Forderungen nochmals kurz wiederholt und ein Hoch auf die russische Sowjetrepublik (1) ausgebracht. In einer der Versammlungen wurde außerdem gegen die Festhaltung Belaskuns und Eugen Bargas protestiert und Beobachtung strenger Neutralität im Kriege zwischen Sowjetrußland und Polen gefordert.

Weitere Sächsische Nachrichten siehe Beilage.

Bericht über die Warenpreise im Großhandel in der städtischen Hauptmarkthalle zu Dresden

am 30. Juli 1920.

Marktlage:

Fischwaren. Aepfel und Birnen reichlich, letztere Sorten leicht. Pfirsichen in kleinen Mengen am Markt. Grünwaren kaum. Ziegenherzen, reichlich zu niedrig und flott abgesetzt. Weißkraut leicht. Holländische Kartoffeln begehrt. Von Plauen nur Gelblinge am Markt. Sonst unverändert.

Fischwaren. a) frische: Seelachs 50 Rg. 250, 180; Kabeljau 50 Rg. 250, 150; Schellfisch 50 Rg. 220, 120; Badische 50 Rg. 5, 250.

b) geräucherte, gesalzene, eingeschlagene. Schellfisch ger. 1 Röste 18,5 Rg. 80, 50; Lachs ½ Rg. 30, 20; Sole ½ Rg. 30, 15; Heringe, geräucherte 100 Stück 110, 100; Bölleringe 1 Tonne 800, 900; Heringe in Gelee 1 Dose 4 L. 25, 20; Bismarckheringe 1 Dose 4 L. 42, 30; russische Sardinen 1 Dose 4 L. 34; Delikatessen 1 Dose 25, 7.

Eier. Vandler 60 Stück 100, 90.

Frisches Obst und Süßfrüchte. Aepfel 50 Rg. 120, 60; Tafelbirnen, best. Sort. 50 Rg. 130, 100; Tafelbirnen 50 Rg. 100, 80; Tafelbirnen 50 Rg. 80, 60; Pfirsichen 50 Rg. 120, 200; Stachelbeeren 50 Rg. 100, 80; Heidelbeeren 50 Rg. 200, 150; Preiselbeeren 50 Rg. 190, 170; Reineclauben 50 Rg. 230, 200; Aprikosen ½ Rg. 3, 2; Pfirsiche ½ Rg. 4, 2; Blätter 500/800 Röste 120, 85; Johannisbrot 50 Rg. 370; Feigen ½ Rg. 7, 6; Bananen, canarische ½ Rg. 10, 7,50.

Grüngewaren. Blumenkohl, bietiger 100 Stück 130, 50; Rofkraut, biet. 50 Rg. 70, 50; holländischer 50 Rg. 70, 50; Weißkraut (Wirsing) 60 Stück 45, 15; Weißkraut 50 Rg. 24, 20; Spinat 50 Rg. 50, 35; Möhren bzw. Karotten 50 Rg. 30, 25; rote Süßkraut 60 Stück 6, 40; Karotten 50 Rg. 30, 25; Kohlrabi 60 Stück 12, 4; Radisches 60 Stück 5, 3; Rettiche 60 Stück 6, 4; Rettiche 60 Stück 12, 6; Bohnen 50 Rg. 70, 15; Schoten 50 Rg. 80, 50; Tomaten, inländische 50 Rg.

In allen Amtsblättern abzudrucken.

Bekanntmachung, die Zuckerkarten der Reihe 17 betreffend.

Die Gültigkeit der Zuckerkarten für den laufenden Verfassungszeitraum (vom 30. Mai bis 3. August 1920) erlischt mit dem 3. August 1920.

Nach diesem Zeitraum darf auf Zuckerkarten, Bezugskarten und Ergänzungskarten der Reihe 17 Zucker im Kleinhandel nicht mehr abgegeben werden.

Die Bezugskarten und Ergänzungskarten der Reihe 17 und etwa noch im Verkehr befindliche Bezugsausweise dieser Reihe sind vom Kleinkäufer an den Lieferanten, bis zum

(Zwischen- und Großhändler) 10. August 1920 von den Mitgliedern der Zuckervereinigungshalle an diese 15. August 1920 einzutauschen.

Dresden, den 27. Juli 1920.

Wirtschaftsministerium, 601 VLA
Landeslebensmittelamt.

In allen Amtsblättern abzudrucken.

Bekanntmachung, die Zuckerkarten der Reihe 18 betreffend.

Zum 4. August 1920 an gelten im Freistaat Sachsen die Zuckerkarten der Reihe 18, die auf 5 Pfund, und Bezugskarten, die auf 5 Pfund lauten und zur Deckung des Bedarfs für die Zeit vom 4. August bis 31. Oktober 1920 bestimmt sind.

Die Zuckerkarten sind in der bisherigen Weise auf lila Wasserzeichenpapier (Rautenstreifen) mit ultramarinblauer Farbe gedruckt, die R-Karten auf orangefleischfarbenem Wasserzeichenpapier (Rautenstreifen) mit gleichem Druck und grünem R und die Bezugskarten auf dasselbe Papier wie die R-Karten, aber mit rotem Druck.

Die Annahme falscher Karten kann den Ausschluß vom Zuckerhandel wegen Unzuverlässigkeit und Bestrafung nach sich ziehen.

Zuckerkarten (nicht Bezugskarten und Ergänzungskarten) der Reihe 18 dürfen nur bis zum 1. September 1920 zur Belieferung angemeldet werden, da für die spätere Zeit nur noch Ergänzungskarten zur Ausgabe gelangen. Die von den Zuckerkäufern vereinbahrten Bezugsausweise, Bezugskarten und Ergänzungskarten der Reihe 18 sind jedesmal mit größter Beschränkung, spätestens aber innerhalb 14 Tagen nach Empfang an die Lieferanten weiterzugeben. Da die Nichtbeachtung dieser Vorschrift erhebliche Sanktionen in der Belieferung zur Folge haben kann, wird gegen lärmige Einlieferer gegebenenfalls durch Ausschluß vom Zuckerhandel eingetragen werden.

Die Abholung des Zuckers auf die Zuckerkarten, Bezugskarten und Ergänzungskarten für den Verfassungszeitraum vom 4. August bis 31. Oktober 1920 beim Kleinkäufer muß wegen der Abrechnungsarbeiten und Bezahlungnahme erst ab dem 20. Oktober 1920 erfolgen. Den Kleinkäufern ist in der Zeit vom 21. bis 31. Oktober 1920 der Verkauf von

200, 180; italienischer 50 Rg. 190, 150; Rophalat bietiger 60 Stück 10, 6; Zwiebeln, bietige 50 Rg. 60, 45; Einlegesalaten 60 Stück 12, 10; Ziegenherzen 60 Stück 35, 15; bietige Salatgurken 50 Rg. 20, 60; Kartoffeln 60 Rg. 115, 100; Gelblinge 50 Rg. 400, 300; Weißkraut 50 Rg. 50; Gurken, saure, neue, 60 Stück 18, 15; Pfeffergurken 60 Stück 18; Senfgurken ½ Rg. 3, 2, 50.

Bericht über die Warenpreise im Kleinhandel in der Markthalle Antoniplatz zu Dresden

am 30. Juli 1920.

Frisch- und Fleischwaren: Frisches Rindfleisch 1 Pf. 9,50; Rindfleisch 1 Pf. 10,50; frisches Kalbfleisch 1 Pf. 9,50; Blutwurst 1 Pf. 8,—; Leberwurst 1 Pf. 8,—; Brühwurst 1 Pf. 9,—.

Würbret: Kaninchen 1 Pf. 12,—, 10,—.

Gehm's Geflügel: Alte Gänse und Enten 1 Pf. 13,50, 12,—; junge Gänse und Enten 1 Pf. 15,50, 15,—; alte Hähner 1 Pf. 13,50, 12,—; junge Hähner 1 Pf. 15,50, 15,—; Tauben 1 Stück 8,—, 7,—.

Bereitete Fischwaren: Seelachs 1 Pf. 3,50, 2,00; Schollen 1 Pf. 4,—; Kabeljau 1 Pf. 3,80, 2,50; Schellfische 1 Pf. 3,50, 2,80; Rotzungen 1 Pf. 4,—; Seebeete 1 Pf. 4,—; Wollhering 1 Pf. 5,00, 2,80.

Öster., Süß- und Gartenfrüchte: Int. Apfels 1 Pf. 1,40, 0,80; Tafelbirnen 1 Pf. 1,30, 0,85; saure Kirchen 1 Pf. 2,—, 1,80; Pfirsichen 1 Pf. 2,80, 1,80; Stachelbeeren 1 Pf. 1,30, 0,80; Heidelbeeren 1 Pf. 2,80, 2,20; Preiselbeeren 1 Pf. 2,20, 2,10; insl. Aprikosen 1 Pf. 4,80, 4,50; insl. Pfirsiche 1 Pf. 4,80, 4,50; Birnen 1 Stück 0,60, 0,40; Bananen 1 Pf. 1,80, 0,75.

Honig: 1 Pf. 20,—, 18,—.

Kartoffeln: Neue Kartoffeln 1 Pf. 0,55; neue holl. Kartoffeln 1 Pf. 1,20.

Grünwaren: Gefüllte Petersilie 1 Pf. 1,20, 1,10; einfache Petersilie 1 Pf. 1,—, 0,90; Spinat 1 Pf. 0,70, 0,60; Rettich 1 Pf. 1,20, 1,—; Möhren 1 Pf. 0,60, 0,40; Zwiebeln 1 Pf. 0,80, 0,75; insl. grüne Bohnen 1 Pf. 0,80, 0,60; bietige Tomaten 1 Pf. 2,50; ausl. Tomaten 1 Pf. 2,—; Blumenkohl 1 Stück 1,70,—, 1,70; Rofkraut 1 Pf. 0,80, 0,80; 1 Stück 1,40, 1,—; Weißkraut 1 Pf. 0,40, 0,30; Weißkraut 1 Stück 0,70, 0,50; neuer Kohlrabi 1 Stück 0,30, 0,15; Rettiche 1 Stück 0,30, 0,20; bietiger Rophalat 1 Stück 0,25, 0,20; insl. Salatgurken 1 Pf. 1,10, 1,—; ausl. holl. Salatgurken 1 Stück 2,—, 1,50; Einlegesalaten 15 Stück 8,—; Radisches 1 Bündchen 0,10; Petersilienwurzel 1 Bündchen 0,40, 0,30; Rorree 1 Bündchen 0,40, 0,25; Rhabarber 1 Pf. 0,40, 0,20.

Neues Sauerkraut: 1 Pf. 0,85; neue saure Gurken 1 Stück 1,—, 0,50; neue Pfeffergurken 1 Stück 1,—, 0,70.

Eier: Vandeler 1 Stück 1,75, 1,70.

Pilze: Gelblinge 1 Pf. 4,—, 3,80; frische Steinpilze 1 Pf. 4,—; getrocknete Steinpilze 1 Pf. 20,—, 16,—.

Brot: Gebr. Braune 1 Pf. 1,25.

Legte Nachrichten.

Nach Schluss der Schriftleitung eingelaufen:

Bildung eines Verbraucher-Komitees.

Dresden, 30. Juli. Beim Lebensmittelamt ist ein Verbraucher-Komitee aus der weiten Kreise der arbeitenden Bevölkerung gegründet worden. Ihm gehören an Vertreter der handarbeitenden Kreise, der Ortsgruppe Dresden des Arbeiterverbandes Sachsen, des Deutschen Volksbundes, des Verbandes der Monumenteninteressenten und der Gewerkschaften.

Eisenbahnhall.

Leipzig, 30. Juli. Gestern abend gegen 6 Uhr entgleisten von dem von Hof kommenden Personenzug 4211 in

Amtlicher Teil.

Jeder, abgesehen von den nachfolgenden Ausnahmen, unterliegt:

Militärurlauber-, Binnenschiffzukäufer und Ergänzungskarten, soweit letztere nach dem 20. Oktober 1920 für die Gültigkeit bis 31. Oktober 1920 ausgetragen worden sind, sind ohne Einschränkung zu beliefern.

Die Verteilung der Teilkästen von Zuckerkarten, ebenso wie die Ergänzungszukästen und Bezugskarten ist verboten und krohsar.

Erneut wird darauf hingewiesen, daß sämtliche Zuckerkarten mit Namen, Wohnort des Inhabers und mit dem Stempel des Kleinbünder zu verleihen sind. Karten, die diesen Erfordernissen nicht entsprechen, dürfen nicht angenommen werden. Die Inverteilungskasse wird fünfzig derartige Karten nicht mehr eintauschen.

Jede Einführung von Karten hat unter „Einzeichnen“ oder mittels Wertpapieren zu erfolgen. Bei Nichtbeachtung dieser Bestimmungen wird im Falle des Verlustes kein Erlass gegeben.

Durchlöcherte Karten gelten als entwertet und dürfen nicht mehr belieft werden. Ergänzungskarten ohne Zeit- und Nethenangabe und ohne den Stempel des ausgebenden Kommunalverbandes oder der sonstigen Ausgabestelle sind ungültig. Die Annahme solcher Karten ist zuguläufig und krohsar.

Dresden, den 27. Juli 1920.

Wirtschaftsministerium, 605 VLA
Landeslebensmittelamt.

August-Meldung über Kohlenverbrauch und -bedarf der meldepflichtigen Großbetriebe.

Die neuen August-Meldekarten sind bis zum 4. August 1920 von der Kolonie der Amtshauptmannschaft Dresden-Alstadt, König-Johann-Straße 1, Stad. Zimmer 77, gegen Erstattung bzw. Voreinsendung des Selbstostenpreises von 70 Pf. für 1 Kelt 10 zusammenhängende Karten) und 15 Pf. für eine Einzelleiste zu beziehen.

Die Bekanntmachung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung vom 6. Juli 1920 ist jedem Zuckerkartenblatt beigegeben und kann außerdem in der Amtshauptmannschaft eingesehen werden.

Die Meldemaßen haben spätestens bis 5. August 1920 bei den zuständigen Stellen eingehen.

Dresden-Alstadt, am 20. Juli 1920. (2673)

Die Amtshauptmannschaft. (2674)

der Nähe des Bahnhofs Göttigitz die drei leichten Wagen. Zum Glück waren sie nur schwach befestigt, so daß nur sechs Personen leicht verletzt wurden.

Polnischer Kriegsbericht. Warschau, 29. Juli. Der Generalstabssbericht besagt: Auf dem Nordflügel unserer Nordfront droht der Feind in Ossowice ein. Ein Gegenangriff zur Wiedergewinnung der Linie Grajewo-Ossowice ist im Gange. Südlich von Bielsko im Westen der Bielschiner Heide befehlten wir allmählich vorbereitete Stellungen. Im Süden haben unsere Abteilungen in der Gegend von Brody die versteckte Armee des Feindes angegriffen. Am Sonntag ist die Lage unverändert.

Polens Hoffnung.

Kopenhagen, 30. Juli. Wie Berliner Tidende aus Warschau meldet, daß General Haller in einer Unterredung mit einem Vertreter des Blattes Kurier Polnis erklärt, daß jetzt in der allgemeinen Lage eine deutsche Besserung eingetreten sei, momentan nachdem die große Zahl polnischer Freiwilliger begonnen habe, sich zeitig zu melden. Im ganzen seien bisher 60000 freiwillige an die Front gesandt worden. Man könne der Zukunft mit großer Hoffnung entgegensehen. Der politische Nationalrat hat die Frage der Einleitung von Waffenstillstandsverhandlungen behandelt.

Englands Antwort an Sowjetrußland.

London, 29. Juli. In der Antwort der englischen Regierung an Tschirmer, die Lloyd George im Unterhaus verlas, heißt es: Bezuglich des Zwecks der Zusammenkunft der dazu einladenden Mächte und der hauptsächlich zur Erörterung kommenden Fragen sollten keine Zweifel bestehen. Die letzten beiden Telegramme der Sowjet-Regierung ließen jedoch einige Zweifel bezüglich dieser Punkte. Die englische Regierung sei der Ansicht, daß, wenn die Beratungen zwischen den alliierten Regierungen und Sowjet-Regierung einige Absicht auf Erfolg haben sollten, die Vertreter Polens und der in Frage kommenden Randstaaten auch dabei sein mühten (und Deutschland? Die Schrift). Hauptziel der Konferenz sollte die Wiederherstellung des Friedens in Europa sein, und zwar in erster Linie zwischen Polen und Russland. Die Konferenz sollte auch die noch schwedennden Fragen zwischen Russland und den Randstaaten beraten und könnte nach Regelung dieser Fragen dazu übergehen, sich mit den zwischen Sowjetrußland und den Alliierten schwedennden Streitfragen und der Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen ihnen befaßten.

<p

Kunst-Ausstellung Emil Richter

Grosse Ausstellung von Copien
nach Meisterwerken (u. a. von van Dyck, Rembrandt, Rubens, Tizian) aus deutschen und ausländischen Galerien
Juli/August 1920

Dresden-A.
Prager Strasse 13

Hotel Demmig, Loschwitz

Sonnabend, den 31. Juli

Gr. Wohltätigkeitsfest
aus Anlass des Grenzspende!
Von 5 Uhr ab Gardesang der verstärkten Heilig-Kapelle
unter verdächtiger Zeitung des Herren Mustadirektor Heilig
und gläserner Wiederholung des Brunnentheaters. Männergesang-
verein — Turnverein zu Loschwitz.
Preisschichten — Freizeitgenie — Volksbelustigungen
= in der Halle: Kabarettvorhänge herumwandernder Klosterr. =
Festball in 2 Sälen

Das Fest findet bei jeder Witterung statt.
Karten im Vorverkauf im Hotel Demmig 2.00 Mark, an der
Kasse 2.50 Mark. — Tischbestellung Kettner zu Loschwitz 911.

Kurhaus-Bühne Weisser Hirsch
Das sensationelle Juli-Programm!
Gastspiel Mizzi Dressel
der Stern deutscher Vortragskunst
Prolongiert:
Kurt Ropitschek mit neuen Sätzen
Willy Rosen Deutschlands bester Klavierhumorist
Mario Kloth — Heinrich Lang Scherzlieder, Chansons — Fröhliche Duette
Mario u. Rolf Tänze der eleganten Welt
Carla Adlung Vortragskünstlerin
Täglich abends 8 1/2 Uhr außer Mittwochs

30 % Brennmaterial-Ersparnis

(auch das schlechteste Material erfolgreich zu verbrennen)
bei gutessemem Gliederfeuer für Zentralheizungen erhalten Sie
durch den Wärmepeicher

System Obering. Kraus

D. R. O. M. Nr. 723593 u. 7376.5 D. R. P. angemeldet.
Referenzen, verlangen Sie Prospekt kostenlos.

Mindestpreis für Sachsen

2551

Aug. Meyer, Dresden - A. 19

Behrisch-Straße 21. Fernsprecher 31 868.
Zentralheizungs-Anlagen aller Art.

Ausführung von Arbeiten billigst.

Beleuchtungskörper



Dresden-A.
Serrestr. 5-7

Wo

lässe ich meine elektrische Licht-, Kraft-,
Klingel- und Telefon-Anlagen
ausführen, bei billiger Berechnung, toller,
sauberer Ausführung in gutem Material.

Curt Böttcher, Elektro-Installations-Gesellschaft

Tel. 14328. Dresden, Gr. Str. 27. Tel. 14323.



300 Straussboas zu verkaufen
20000 Straußfedern
1/4 m lang 1, 3 M., ca. 1/4 m lang 6, 10, 15, 20,
36 M. 15000 echte Stangen- u. Kronen-
reihen u. Paradies in 10, 20, 30, 50-fach.
Blätter für 10—300 M. je nach Größe u.
Güte. Marabut-Krägen 30, 60, 100, 150 M.
Vasenblumen, Kranz- u. Ballblumen, Metall-
kränze, Laub, Beeren, Disteln usw. Vers. auch
kl. Posten per Nachr. Auswahl geg. Standang.
Heppe, Dresden, Scheffelstraße.

Schuhe zu diesen Preisen

in amerikanisch besten Qualitäten kostet man nur in
Klein- & Blasewitz, Böhmlastraße 23.
Herrenstiefel 80. 185 x. 165 M. Damenhalbschuhe 135 u.
95 M. Sandalen, sehr billbar, 17.50 x. 15 M. weiße Ball-
schuhe mit Ledersohlen von 25 M. an. Sommerhalbschuhe 59 M.
Gegengeschuhe 49 M.. Arbeitsschuhe, sehr kräftig, 85 M.
Gefügschuhe 65 M. Weiße Seemee, dergleichen läßt — Punkt-
heline — Cavalier — Einlegesohlen — Gentle usw. billigst

E. Eichler Nachf. Riemann & Sohn.

Herrenstoffe

zu Anzügen, Paletots, Mänteln, Hosen, Kostümen
auch in reinwollener Ware empfohlen

Otto Zschoche Nachf., Dresden, Wallstr. 25, Ecke Breite Str.

Kurverwaltung und Verschönerungsverein Weißer Hirsch-Oberloschwitz

Sonnabend, den 31. Juli 1920

Parkfest

im Waldpark und Parkhotel Weisser Hirsch

Nachmittag 4 Uhr im Waldpark:

Orchester- und Gesangs-Konzert mit Solisten

ausgeführt von der verstärkten Kurkapelle (40 Künstler). Leitung: M. Feiereis

Mitwirkung: Konzert- und Opernsängerin Hertha und Gertrud Meinel und der Männergesangverein Weisser Hirsch. Leitung: H. Eckhardt

Anschließend abends im Garten, großen Kursaal und Tanz-Diele des Parkhotels:

Tanzfest

(Wiener Ballorchester, Rosendekoration, Schönheits-Konkurrenz, Gartenillumination mit Konzert vom Mandolinenclub Weisser Hirsch, Gesangsvorführungen von Prinzessin Marie Kloth und Hertha Heinrich Lang, allehand Belustigungen und Überraschungen)

Das Fest findet bei jeder Witterung statt

Eintrittspreis: für das Parkkonzert 2 Mark
für sämtliche Veranstaltungen 10 Mark
an der Abendkasse 8 Mark

Vorverkaufskarten sind erhältlich in Dresden nur im Havanna-Haus von Wolf, See-
straße 4, in Weisser Hirsch im Sanatorium von Dr. Lahmann (Postier) und in den Zigarren-
geschäften von Schnell und Feller

Loschwitzer Kolonialwarenhaus

Fritz Fasold

Büllingerstraße 2 (am Römerplatz)
In Pfefferoden 1 Wbd. 2.10
10 . 20.50
Reiß 1 Wbd. 3.— 6.— 7.—
Grüne Erdbeben 1 Wbd. 2.10
10 . 19.—
Böhmen 1 Wbd. 1.80
10 . 17.—
Zinsen 1 Wbd. 5.—
10 . 45.—
Hafermehl 1 Wbd. 2.20
10 . 21.—
Pa. Raffee 1 Wbd. 16.—
10 . 155.—

Selbstiger Raffee,
bester Sort. 1 Wbd. 28.— 34.—
Ltr. Weine u. Bölké
in größter Auswahl
zu billigsten Tagespreisen.

Beginn

Neumann's Konzerthaus

Dresden-Alstadt
Schlossergasse 8

Margarine

handelsfrei, in jeder Menge, jederzeit in unseren Ver-
kaufsstellen zum jeweiligen Tagespreis zu haben.

Molkerei Naake & Co., Laubegast (Inh. Paul Niedel).

Verkaufsstellen:

1. Blasewitz, Zollenscheide 10,
2. Blasewitz, Römerplatz 8,
3. Blasewitz, Südstadt 23,
4. Laubegast, Hauptstraße 42,
5. Laubegast, Dobrigerstraße 60,
6. Dresden, Gläserneiburgstraße 38.

Feinkost-Handlung

Wilhelm Hilscher

Blasewitz, Schillerplatz
Fernsprecher 31 709.

Junge Enten Brathühner

vom 1-2 Wbd.

Von diebstahl. Gemüseladenen
findt alle Sorten

Spargel

wieder eingetroffen.

Hoch. Tafelmargarine

Wbd. 11.50 M.

Alter vornehm. gefüllter Dose

(Böhmenländer) sucht jetzt od. später

unmöglichte kleine

Hausmädchen

bei hohem Zahn u. freier Station

grüßt. Gaffel Suppen. (no

od. spät. gef. Blasewitz, Liegsg. 2.5.

Tel. 30574. Straßenb. verg. (zu)

Wohnung in Villa

über Landhaus auf eine Reihe
von Jahren zu mieten. Nachricht
etw. u. Müller, Dresden, Liegsg.
Str. 6. Fernspr. 22 500. (1920)

Freiwillige Feuerwehr

zu Blasewitz.

Sonnabend, 31. Juli
abends 8 Uhr

Versammlung.

Das Kommando.

Theater.

Sonnabend den 31. Juli:

Opernhaus.

Geschlossen.

Schauspielhaus.

Geschlossen.

Überland-Theater.

Die kleine Höhe (1/28)

Reichenbach-Theater.

Der ehemalige Leutnant (7)

Central-Theater.

Das Glas der Jungfrau (7)

Deutscher Reichstag.

18. Sitzung. Donnerstag, den 29. Juli.

Eingegangen ist das Gesetz über die Abschaffung der allgemeinen Rechtsfreiheit. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des vom Abg. Müller-Branck (Soz.) eingeführten Gesetzentwurfs über die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit.

Abg. Radbruch (Soz.) beantragt die Beleidigung der Untersuchungsbehörde, die heute auch wegen Gefährdung der Disziplin verhängt werden kann.

Abg. von Gallwitz (Dtsch.-nrl.): Der Sturmklau gegen die Militärgerichtsbarkeit erklärt sie nicht aus inneren sozialen Gründen, sondern aus politischer Bedenkschau. Die Militärgerichtsbarkeit ist für ein Heer unentbehrlich.

Abg. Rosenthal (U. S.): Erklärt es für unerhört, das Herz von Gallwitz sich hierher setzt und die Militärjustiz vertheidigt, die so namenloses Unrecht angerichtet hat. Jedes Wort rufen stürmische Protestkundgebungen bei der Rechten herauf, die schließlich den Saal verlässt.

Abg. Dr. Bell (Dr.): Die Trennung zwischen Militär- und Zivilrecht läßt sich bei der jeweiligen Gestalt unseres Heeres gar nicht mehr aufrecht erhalten, darum unterstützen wir den Gesetzentwurf.

Abg. Brüningshaus (Dtsch.-nrl.): Man sollte es nicht für möglich halten, daß Dr. Rosenthal den hochverehrten General von Gallwitz in dieser Weise mit Schmach beworfen hat. In einem Artikel wurde gesagt, daß das deutsche Volk nach zehn Jahren diejenigen verflucht würde, die die Revolution gemacht haben. (Vorm. links.) Ich glaube, daß dieser Zeitpunkt schon früher eintreten wird. Es ist ein großer Fehler, die Militärgerichtsbarkeit abzuschaffen, ehe man etwas Besseres hat. Was in allen Armeen, auch in der Sowjetarmee erforderlich ist, ist auch in der deutschen notwendig.

Abg. Rabe (Dem.): Die Deutsche Volkspartei hat sich gegen dieses Gesetz erklärt. Es werde bedenkt, wenn sich soziale Vorsorge innerhalb der Koalition wiederholen sollten. Koalitionspolitik ist nicht möglich ohne ein gewisses Maß von Disziplin. Für unter lebendes Heer ist eine besondere Justiz nicht erforderlich.

Reichswehrminister Dr. Gehler: Der Gesetzentwurf ist die Einführung eines in Weimar gegebenen Vertrags. Die Reichsregierung wird das Gesetz annehmen, einmal wird die Militärgerichtsbarkeit dem Einfluß politischer Bedenkschau entzogen, sodann wünsche ich, daß die Revision unserer bürgerlichen Strafrechtspflege möglichst bald erfolgt. Ich hoffe, daß der Übergang an die bürgerliche Strafrechtspflege möglichst reibungslos erfolgt. Nun wird auch der so fürsorgende Karlsruher Fall seine Nachprüfung vor dem bürgerlichen Gericht finden.

Der grundlegende Paragraph 1 wird darauf gegen die Rechte angenommen. Bei Paragraph 9 beantragen die Sozialdemokraten Aufhebung der Untersuchungsbehörde. Dieser Antrag wird mit einer Zusatzbeschwerde angenommen. Ein unabdingbarer Antrag will das Recht des Waffengebrauchs des Militärs aus eigenem Recht, wenn ein Gefangener entflieht, aufheben. Der Antrag wird im Hauptausspruch mit 122 gegen 122 Stimmen gegen die beiden sozialdemokratischen Gruppen abgelehnt. Der Rest des Gesetzes wird nach der Abstimmung angenommen.

Präsident Voche schlägt vor, zugleich die dritte Lesung des Gesetzentwurfs vorzunehmen, wogegen Abg. Brüningshaus (Dtsch.-nrl.) Widerspruch erhebt, so daß die dritte Lesung erst später erfolgen kann. — Es folgt die zweite Beratung des Reichskanzlers.

Abg. Vogtherr (U. S.): Ich hält es nicht für zeitgemäß, daß der Präsident des Republik-Herr über Leben und Tod sei, wie seinerzeit die Landesfürsten. Er bedauerte, daß der Präsident aus in solchen Fällen Todesurteile bestätigt habe, wo es sich darum gehandelt habe, Übergriffe, die in der Höhe der politischen Kämpfe und im Dienste der Freiheit vorkommen seien, zu löschen. Auch Landesfürsten hätten zuweilen das Begnadigungsrecht ausgeübt, nur Wilhelm der Beste nicht in seinem idiosynkratischen Größenwahn. (Bispräsident Bell unterbricht und bezeichnet diese Ausführungen als ungültig; minute langer Lärm.) Redner verlangt fortlaufend die Aufhebung des Ausnahmestandes. Der Reichspräsident sei überhaupt eine der überflüssigsten Institutionen.

Abg. Müller-Branck (Soz.) erwidert, Vorredner habe keinen Beweis dafür erbracht, daß der Präsident die ihm zustehenden Rechte jemals überschritten habe.

Bispräsident Bell erklärt: Der ehemalige deutsche Kaiser würde jetzt zwar in der Debatte erwähnt und müsse

sich auch eine scharfe Kritik gefallen lassen, aber es sei Pflicht des Präsidenten, ihn wie jeden anderen Staatsbürger gegen eine persönlich gehässige und beschimpfende Form zu schützen. Abg. Vogtherr (U. S.): beharrt darauf, daß Präsident Ebert als Sozialdemokrat die Verpflichtung habe, sein Todesurteil zu unterzeichnen.

Beim Kapitel Reichstag wünscht Abg. Hauckmann (Dem.) angeholt der großen Aussage, die dem Hause beweist und angreift, daß der Reichswirtschaftsrat die gleiche Frage behandelt wird, daß Mittel gefunden würden, die Verhandlungsfähigkeit des Hauses zu stärken, etwa durch eine Begrenzung der Redegerechte.

Beim Kapitel Reichswirtschaftsministerium fordert Abg. Dr. Herz (U. Soz.) die Sozialisierung des Bergbaus und der Papierindustrie.

Zum Kapitel Reichsmilitägericht bringt Abg. Rosenthal (U. S.): seine befannen Klagen aufs neue vor. Jedes Jahr noch gefallene Urteil müsse in einer Statistik aufgenommen und sofort eine allgemeine Amnestie bewilligt werden. Rosenthal verlangt Zulassung der Deutschen Rechte zu den Verhandlungen des Reichsmilitägerichts.

Beim Kapitel Reichsbürokratien erhält Abg. Ludwig (U. Soz.) Klage gegen die Reichsjugend, deren untere Organe den Anordnungen des Ministers nicht Folge leisteten. Hierher gehört der Fall Doten ebenso wie die noch immer nicht erfolgte Freilassung der Verhafteten von der Roten Armee. Er wirft sodann der Regierung Bruch der Vielsfelder Abmachungen vor und verurteilt das Verhalten der Reichsgerichte bei der Beziehung des Kriegsgebietes.

Abg. König (Soz.): Die unschuldig leidenden müssen aus dem Gefängnis freigesetzt werden. In diesen wenigen dem Hause noch verbleibenden Tagen müsse ein Amnestiegesez erlassen werden.

Abg. Düsseldorf (U. Soz.) stimmt der Amnestie zu, aber nicht als einer Gnade, sondern einer Selbstverständlichkeit. Die Verurteilung der im Kriegsgebiet gewebten Rechtsbrüder sei allgemein und die Zivilrechtsprechung leiste noch Schwachstellen als die Militärgerechtigkeit. Redner führt dann aus Mitteleuropa eine Reihe von Beispielen an, in denen die Justiz mit ungemeinem Maß gemessen habe, und bedauert, daß die Kommandanten der Reichswehr in Thüringen, die höchstens auf die Seite der Rappisten gestellt hätten, noch immer ihre Tätigkeit unabsehbar fortsetzen könnten. Als Redner im Laufe seiner Ausführungen von der Unversämmtheit eines Landgerichtsdirektors spricht, wird er vom Präsidenten unterbrochen und, als er den Ausdruck nochmals gebraucht, zur Ordnung gerufen. Desgleichen unterdrückt ihn der Präsident als Redner von peinlichen Bekämpfungen eines Staatsanwalts spricht. Redner fordert schließlich sofortige Revision der im letzten Halbjahr ergangenen Urteile des Raumgerichts-Vandern gegen Arbeitnehmer.

Die grundlegende Paragraph 1 wird darauf gegen die Rechte angenommen. Bei Paragraph 9 beantragen die Sozialdemokraten Aufhebung der Untersuchungsbehörde. Dieser Antrag wird mit einer Zusatzbeschwerde angenommen. Ein unabdingbarer Antrag will das Recht des Waffengebrauchs des Militärs aus eigenem Recht, wenn ein Gefangener entflieht, aufheben. Der Antrag wird im Hauptausspruch mit 122 gegen 122 Stimmen gegen die beiden sozialdemokratischen Gruppen abgelehnt. Der Rest des Gesetzes wird nach der Abstimmung angenommen.

Präsident Voche schlägt vor, zugleich die dritte Lesung des Gesetzentwurfs vorzunehmen, wogegen Abg. Brüningshaus (Dtsch.-nrl.) Widerspruch erhebt, so daß die dritte Lesung erst später erfolgen kann. — Es folgt die zweite Beratung des Reichskanzlers.

Abg. Vogtherr (U. S.): Ich hält es nicht für zeitgemäß, daß der Präsident der Republik-Herr über Leben und Tod sei, wie seinerzeit die Landesfürsten. Er bedauerte, daß der Präsident aus in solchen Fällen Todesurteile bestätigt habe, wo es sich darum gehandelt habe, Übergriffe, die in der Höhe der politischen Kämpfe und im Dienste der Freiheit vorkommen seien, zu löschen. Auch Landesfürsten hätten zuweilen das Begnadigungsrecht ausgeübt, nur Wilhelm der Beste nicht in seinem idiosynkratischen Größenwahn. (Bispräsident Bell unterbricht und bezeichnet diese Ausführungen als ungültig; minute langer Lärm.) Redner verlangt fortlaufend die Aufhebung des Ausnahmestandes. Der Reichspräsident sei überhaupt eine der überflüssigsten Institutionen.

Abg. Müller-Branck (Soz.) erwidert, Vorredner habe keinen Beweis dafür erbracht, daß der Präsident die ihm zustehenden Rechte jemals überschritten habe.

Bispräsident Bell erklärt: Der ehemalige deutsche Kaiser würde jetzt zwar in der Debatte erwähnt und müsse

zurungsaufschlagnen gewährt werden, die Abschlagszahlungen auf die nach dem Reichsverfassungsgesetz auftretenden Belege darstellen und bei der Rechtfertigung dieser Belege in Kategorie abgeführt und bezogen in den Orten der Ortsklasse A 70 v. D. B 60, C 40, D 30 und E 20 v. D. Die Belege der Hinterbliebenen werden bis nach dem Hinzuweisung des Teuerungszuschlags je nach dem Wohnort der Hinterbliebenen und der Höhe der bisher gezahlten Belege auf 96 bis 189 M. für die allein lebende Witwe, auf 186 bis 209 M. für die Witwe mit einem Kind, auf 216 bis 278 M. für die Witwe mit drei Kindern und auf 286 bis 418 M. für die Witwe mit vier Kindern erhöhen. Doch sind für alle Ortsklassen Höchstsätze festgesetzt, über die zunächst nicht hinweggegangen werden darf. Soweit darüber höhere Belege auftreten, wird eine vorläufige Rechtfertigung dieser Belege mit größter Beschränkung erfolgen. Da der Teuerungszuschlag nur den Hinterbliebenen geahndet werden kann, deren Ernährer nach dem 31. Juli 1914 im Heeresdienst gestanden hat, so kann die Zahlung nur gegen Vorlage einer Bescheinigung erfolgen, die von den Hinterbliebenen selbst zu unterschreiben ist. Ein Vorbruch für diese Bescheinigung wird den Hinterbliebenen zugleich mit einem Benachrichtigungsschreiben im Laufe des Monats Juli durch die Postanstalten und sonstigen Zahlstellen der Hinterbliebenenbezüge angegeben und ist bei der Auszahlung der Hinterbliebenenbezüge vorzulegen. Die Hinterbliebenen der vor dem 31. Juli 1914 aus dem Heeresdienst ausgeschiedenen Militärsoldaten können leider vorläufig bei der Zahlung des Teuerungszuschlags nicht berücksichtigt werden, da das Reichsverfassungsgesetz diese Hinterbliebenen nicht umfaßt. Eine Neuregelung der Versorgung dieser Hinterbliebenen ist jedoch in Vorbereitung. Auch Hinterbliebenen von Offizieren kann der Teuerungszuschlag nicht gewährt werden, weil die gegenwärtigen Bezüge von Offiziershinterbliebenen zum Teil schon die nach dem Reichsverfassungsgesetz zustehenden Gebühren erreichen. Soweit durch diese Beschränkung Härten entstehen, was namentlich bei Eltern gefallener Offiziere der Fall sein wird, werden sich die amtlichen Fürsorgestellen für Kriegshinterbliebene dieser Hinterbliebenen besonders annehmen.

Zucker und Linsen. Die Amtshauptmannschaft Dresden-Reudnitz hat bekanntgemacht, daß der Inhaber von Lebensmittelgeschäften, in denen der Kleinverkauf von Süßwaren wird, Ihnen zu führen haben, aus denen Name und Adresse der bezugsberechtigten Personen und die Zahl der anmeldeten Süßwaren ersichtlich sein muß. Sie hat weiter darauf aufmerksam gemacht, daß die angenannten Süßwaren vor Eintragung in die Kundenliste mit Namen und Wohnung des Kartentreibers bzw. des Haushaltungsvorstandes der vereinbart sein müssen. Die Angaben sind mit Tinte zu schreiben. Nach Eintragung in die Kundenliste hat der Händler die Süßwaren mit seinem Namen oder Geschäftsstempel zu versehen und auf der Karte die Nummer der Kundenliste einzutragen. Zuüberhandlungen werden bestraft und können den Ausschluß vom Süßwarenhandel nach sich führen. Weiße Waren. Die vom Publikumssektor sehr angenehm empfundene Einrichtung der Frühjahrssausverkäufe an Wäscheartikeln und Kleidungsstücken zu ermäßigten Preisen, die die Warenhäuser von dem Kriege alljährlich unter der Begehrung "Weiße Woche" ablebten, sind jetzt durch eine herausgegebene Verfügung des Reichswirtschaftsministers wieder genehmigt worden. Während des Krieges war die Abhaltung von "Weißen Wochen" schon durch die Bezugspflicht unmöglich gemacht und als dieletzt Gang aufgehoben wurde, trat im April 1919 eine neue Verordnung in Kraft, die die Abhaltung der Frühjahrssausverkäufe und "Weißen Wochen" wiederum verbot. Obwohl die Vorräte auf dem Markt noch immer nicht übermäßig g.oh sind, so hat man dennoch den Verhältnissen Rechnung getragen. Man hofft gleichzeitig durch die Aufhebung der bekannten Verordnung der jetzt fühlbaren Abhängigkeit auf dem Textilmarkt entgegenzutreten.

Rundorf. Tödlich verunglückt. Der 70jährige Hausbesitzer Wilhelm Blume stürzte beim Grabauarbeiten so unglücklich auf die Tenne ab, daß er den Hals brach und verstarb. Obwohl der Sturz aus geringer Höhe auf unten liegendes Stroh erfolgte, konnte doch die erschrockene Gattin den teuren Lebensgefährten nur als Toten aufheben.

Vorna. Königsfelder. In den letzten Tagen ist die Königin, von Böhmen übersteigend, auch im hiesigen Bezirk aufgetreten; besonders stark ist sie in den Grenzwaldungen und in der Gegend von Königstein, Schandau und

Frau Marianne erledigte. Harald aber sagte mit erzwingender Wille: "Wenn du mir wiede der Mann das Dorf verlassen müssen, und dann hören auch seine Belästigungen für mich auf."

Frau Marianne erwiederte nichts. Sie sah ihren Mann mit einem fragenden Blick an, der auf dem Grunde seiner Seele zu lesen schien. — — —

Harald stand vor der Hausschlüle, als Stock zurückkehrte und fragte angstlich: "Woher kommst Du, Vater?"

"Vom Schloß! Ich wollte den da oben zur Rebe stellen,

weil mir auf seine Bevölkerung mein Haus genommen wird."

Stock folgte seiner Tochter in die Wohnung.

"Hast Du denn von Habenau gesprochen?" fragte Hanni leise.

"Nein! Der Schlossherr ist mir nicht zu sprechen. Es wiede wohl seine Kinder dazu haben."

"Vater!" bat Hanni. "Verzeih es doch. Dich mit dem Unbehagen abzufinden. Der Anfang des Hauses durch die Gemeindeverwaltung drohte uns schon vor Fräulein von Habenau Tode, und damals hatte doch Herr von Habenau noch nicht das geringste mit dieser Angelegenheit zu tun."

"Dennoch wäre der Plan nicht wieder aufgenommen worden, wenn dieser Mann sich nicht neuerdings bereit erklärt hätte, die erforderlichen Geldmittel vorzustreden. Das tut er aber nicht der Gemeinde wegen, für die er ja niemals ein besonderes Interesse gezeigt hat, sondern weil er in mit den Männern seines Dorfes Gewissensfressen sieht und mich deshalb auf mein Dorf entschicken will."

"Auch wenn Du recht hättest, Vater, wirstest Du doch nichts gegen ihn ausrichten können. Hat Herr von Habenau vielleicht die schwere Schuld auf sich geladen, so wird ihm sein Schicksal früher oder später ereilen, denn Gott ist gerecht. Nieberlaß es der Zeit, Vater, das Dunkel aufzuhellen, und versuche, mit der Sonne, die uns für unser Haus gehabt wird, Dir und mir, fern von hier, eine neue Erfrischung zu gründen. Die Welt ist ja so groß. Ich habe von Edward Schade aus New York einen Brief erhalten. Er ernennt seine Werbung und bittet Dich, mit mir zu ihm zu kommen."

Davon kann keiner rede sein, mein Kind," sagte der Hofsämtler bitter. "Ich werde Helmstedt niemals verlassen, ehe es mir gelingt, meine Frau wiederherzustellen. 254. M

Die Schlossherrin von Helmstedt.

Roman von S. Corong.

86

"Lassen Sie sich matzen," sagte der Bürgermeister streng. "Sie sollen oft Redensarten führen, die Sie abermals mit dem Gericht in Konflikt bringen können."

"Ich habe sogar dafür gesorgt, daß Herr von Habenau von meinen Verdächtigungen genau unterrichtet ist," sagte er mit strenger Betonung.

"Nun dann haben Sie alle Ursache, ihm für seine Schonung zu danken, denn er wäre vollauf berechtigt, die Schenkbefreiungslage gegen Sie einzuteilen."

Stock, der sich schon der Tür genähert hatte, kam wieder zurück und sagte in herausforderndem Tone: "Mag er es nur tun! Dann wird die ganze Angelegenheit endlich noch einmal die Öffentlichkeit beschäftigen! Ich bin nicht der Mörder des Fräuleins von Habenau! Noch aus dem Grabe kreiste sie ihre Hand hervor, um für mich einzutreten."

"Ich will gern an Ihre Schuldlosigkeit glauben," sagte der Bürgermeister achselzuckend. "Aber wenn andere dennoch Zweifel hegeln, so ist das allein darauf zurückzuführen, daß sich die Wahrstimme ihr eigenes Urteil bildet. Hüten Sie sich in Ihrem eigenen Interesse, Gerichte aufzusprengen, die für Sie verhängnisvoll werden können."

"Ich übernehme die Verantwortung dafür, Herr Bürgermeister," entgegnete Stock ruhig. "Wir kriegen Freiheit so die Klimstube.

18. Kapitel.

Heller als sonst war der Winter ins Land gezogen und hatte heftige Schneewehen mitgebracht. Festgefrorene glitschige und schimmernde Eiszapfen hingen an den Zweigen des Schlosses, und wenn der Wind blies, schienen funkelnde Kristalle in der Luft zu schweben.

Gänselfig und in gedehnter Stimmung saßen Marianne und Harald am Nachmittag nach eingenommener Mahlzeit in ihrem heimischen Spiegelzimmer, als ein Diener eintrat und meinte: "Der Schlossherr Stock ist gekommen."

"Schon wieder! Ich will mich dieser Mann nicht mehr aufdringen lassen. Lassen Sie ihm gesagt, daß ich ihn von nicht mehr herkommen will."

"Das tat ich wiederholt auf den Befehl des gnädigen Herrn, aber der Mann kommt immer wieder."

"So drohen Sie ihm doch, daß ich mich bei der Oberspionage beschweren werde, wenn die Belästigungen kein Ende nehmen."

Der Diener zögerte noch einen Augenblick.

"Ich meine, den gnädigen Herrn warnen zu müssen," sagte er erregt. "Stork ist wie von Sinnen, seitdem es feststeht, daß ihm seine Schmiede auf dem Wege der Zwangsenteilung genommen wird."

"Er muß sich doch gelegentlich Bestimmungen flügen, wie jeder andere," sagte Harald zornig. "Klüftig wird ihm die Lüte überhaupt nicht mehr geöffnet."

"Gefährlich es wenigstens, daß ich mit ihm spreche!" rief Frau Marianne, von Übelkeit fast ergriffen. "Ein paar freundliche Worte werden sicher genügen, um den verbitterten Mann etwas zu beruhigen."

"Nein!" rief Harald. "Wir haben nichts mit ihm zu tun!"

Er wußte dem Diener, sich zu entziehen, und sagte dann in ruhigem Ton zu seiner Frau: "Dieser gaule Antritt hat mich wieder tief verstimmt. Wenn es Dir recht ist, lassen wir den Schlitten anspannen und fahren nach Büschdorf. Die Thanses am Steinbruch bietet jetzt eine wunderbare Schlittenbahn. Oder ziehst Du es vor, zu Hause zu bleiben?"

"Stein, Harald! Ich begleite Dich!"

"Stock hat keine Ursache, sich zu belästigen," bemerkte Harald zu seiner Frau, als sie eine Viertelstunde später die Schloßtreppe hin

Schmiede beobachtet worden. Im Hinterhermsdorfer Staatsforstrevier sind täglich etwa 25.000 Stück gesammelt worden. Ein so starkes Auftreten des gesuchten Forsthärdlings hilft eine schwere Gefahr für unsere Waldungen. Wenn es nicht gelingt, die Ronne energisch zu bekämpfen, kann unser Forstwirtschaft unheiliger Schaden erwachsen; auch ist die Schönheit der Sächsischen Schweiz stark bedroht. Es gilt daher alles aufzubieten, um die Gefahr zu bannen und unsere Wälder vor der Vernichtung zu retten.

Bittau. Kostenlose Sonntagsfahrt für Invalidenrentner. Die Betriebsräte des staatlichen Elektrizitätswerkes und des Braunkohlenwerks im Orlasfelde haben dem sächsischen Finanzminister ein Angebot unterbreitet, wonach die Bergarbeiter sich bereit erklären, eine Sonntagsfahrt ohne jede Vergütung zu leisten, wenn der Ertrag unter den bedürftigen Alters- und Invalidenrentnern in der Amtshauptmannschaft Bautzen kostenlos verteilt wird. Es kommen 1700 Rentner Brüder in Frage. Bravo!

Strehla. Feldbischäule. Durch wiederholte Feldbischäule, welche der Gutspächter G. Junge bei seiner eigenen Erneuerung mührte, indem ihm Kartofeln gebacken und von mehr als 50 Puppen die Leibchen abgeschnitten wurden, veranlaßt, machte er in der Sonnabendnacht eine Streife durch seine Felder. Als Herr Junge im Begriff war, einen von ihm betroffenen Feldbisch zu stellen, wurde der Besitzer vom Dienst mittels Revolver angeschossen. Trotzdem konnte der Feldbisch dingfest und unschädlich gemacht werden. Bei einer vorgenommenen Haussuchung wurden noch etwa fünf Rentner Getreide gefunden.

Wurzen. In vorher Woche sind bei einer diesigen Familie Drillinge angelommen. Alle drei sind Mädchen und befinden sich wohl.

Penig. Einem Hochstapler das Handwerk gelegt hat der Fahrradhändler Schmidt. Kürzlich lauschte ein Motorradfahrer aus Chemnitz bei ihm einen Motorradgummimantel und bezahlte mit einem Schein, für den aber keine Deckung vorhanden war. Nach einigen Tagen fuhr der Schwindler wieder durch Penig. Man verfolgte und erreichte ihn. Das Motorrad hatte der Schwindler auf gleiche Weise für 10.500 M. in Chemnitz erworben. Ferner hat der Schwindler vor kurzem aus dem Steinbruch zu Hartmannsdorf einen 10 PS Elektromotor am hellen Tage durch Monate fortgeschafft lassen und nach Rathendorf verkauft.

Leipzig. Verlängerung der Polizeistunden. Nach dem Vorgange benachbarter Regierungsbüros wird nunmehr auch für den Bezirk der Kreishauptmannschaft Leipzig allgemein die Polizeistunde vom 31. Juli an bis auf weiteres auf $\frac{1}{2}$ Uhr nachts hinausgezogen. Theater, Konzerte und Lichtspieldarbietungen haben spätestens um 11 Uhr zu schließen.

Augustusburg. Die hiesige Schützengilde, die auf ein 300jähriges Bestehen zurückblicken kann, feierte am 25. und 26. Juli ihr erstes Schützenfest nach dem Kriege. Durch das schöne Wetter begünstigt, verließ es in angenehmer Weise. Die zahlreich anwesenden Sommergäste befanden sich für den am Sonntag stattfindenden Jubiläums-Schützen-Auszug lebhafte Interesse. Der Schützenplatz mit den 100jährigen Lindenbäumen war stark besucht.

Aue. Hohe Kosten. Vom städtischen Finanzauswahlamt für die städtischen Beamten eine neue Beoldungsordnung bearbeitet und der Stadtverwaltung unterbreitet worden; es liegen im wesentlichen die staatlichen Besoldungsbestimmungen zugrunde; sie erfordert einen Gesamtbedarf von rund 1.270.000 M., wovon 800.000 M. durch den allgemeinen Haushaltplan zu decken sind; hierzu treten noch 1.700.000 M. für Lehrer- und Ruhestandsgehalte. Nach der zu erwartenden Übernahme der persönlichen Schulosten auf den Staat verbleibt noch ein von der Stadt für Beoldungen zu übernehmender Beitrag von rund 1.450.000 M. Die Vorlage wurde von den städtischen Kollegien in gemeinschaftlicher Sitzung beraten, ein Beschluss aber noch nicht gefaßt.

Neukirch. Ungetreuer Beamter. Der bei der Firma Moritz Zimmermann angestellte Warenhäuser Müller hat seit längerer Zeit beim Durchsuchen der Ware häufig Stücke von zwei bis drei Meter Länge abgetrennt, sie an sich genommen und im Schleichhandel weiter an den Mann gebracht. Da er diesen unsauberen Geschäft jahrelang fortgesetzt hat, hat er seine Firma, bei der er angestellt war, um ganz bedeutende Summen betrügen. Auch die Weber hat er auf diese Weise um ganz beträchtliche Anteile ihres Lohnes gebracht. So hat er die abgetrennten Stücke, von denen das Meter einen Wert von weit über 100 und 150 M. gehabt, bedeutend unter Wert an Händler um Privatleute verkauft und mit der Zeit ein sehr beträchtliches Vermögen ver-

schoben", da es sich hierbei ausschließlich um gute Herren- und höhere Damenstoffe handelte. Müller ist 44 Jahre alt und aus Reichenbach gebürgt. Ein Teil der in letzter Zeit geklopften und weitervertriebenen Ware konnte wieder eingezogen werden.

Bad Elster. Dreifach-Diebstahl. Hier in die schone Ausstellung des sächsischen Kunsthandswerks schon wieder von Einbrechern heimgesucht worden. Nachdem diese am 15. Juli die unter Glas und Rahmen befindlichen wertvollen Spulen geklopft hatten, sind sie nunmehr daran gegangen, die ganze Glas-Vitrine des unteren Baumes ihres wertvollen Inhalts zu verauben: Spulen und Stoffe, Bajen und Häkelarbeiten und viele andere Kunstgegenstände mehr fielen den Einbrechern in die Hände. Die gestohlenen Kunstgegenstände hatten einen Wert von 20–30.000 M. Die Besitzer sind zwar durch Versicherung bedeckt, allein manches Stück hatte Liebhaberwert und bedeutet für die Besitzhauer einen unerheblichen Verlust. Besonders auffallend ist auch bei diesem Diebstahl wieder die bodenlose Dreistigkeit, mit der er ausgeführt worden ist. Der Ausstellungsräum befindet sich direkt neben dem dort ständig von Besuchern angefüllten Refektorium des Kurhauses und dient außerdem als Durchgangsraum zu der Kunstaustellung im oberen Stockwerk. Allerdings Erinnerungen an raffinierte Saloneinbrecher aus den Erzählungen des Sherloc Holmes tauchen auf, so daß sich unter den Raubgästen des Bades eine begreifliche Erregung bemerkbar macht. Vielleicht wären solche Diebstähle unmöglich, wenn die Ausstellung der Kunstaustellung, die bekanntlich ohne Eintrittsgeld zu besichtigen ist, ein etwas höheres Interesse entgegenbringen würden. Sie verdient es nämlich, daß man sie besucht.

Kleine Chronik.

Berlin. Aufgeklärtes Verbrechen. Der Raubmord an der Witwe Tiedemann in der Köpenicker Straße hat zur Verhaftung eines 20 Jahre alten angeblichen Bandwirks Paul Poser aus Langenberg (Kreis Gera), zuletzt Gelegenheitsarbeiter in Berlin geführt, der ein umjährendes Geständnis ablegte. Er will die Tat mit einem früheren Schlaflurzusammen der Tiedemann, namens Niedel, der flüchtig ist, begangen haben.

Dornburg a. S. Vorsicht beim Obstgenuss. In Dornburg hatte die 17 Jahre alte Tochter der Familie Max Rommel Birnen gegeben und Bier getrunken. Nach frischer Zeit trat bei dem Mädchen der Tod ein.

Braunlage. Bei einem nächtlichen Fleischtransport erschossen. Der Kaufmann Hesse wurde bei Günzerode (Harz), als er nachts Fleisch nach Braunlage heimsführen wollte und auf Anruf mit seinem Gesicht nicht hielt, von Gendarmen erschossen.

Wattenheim. Das Leben für die Heimat dahingegessen. Der 80 Jahre alte Abstimmungsberechtigte Friedrich Greinke aus Wattenheim bei Gelsenkirchen, der im Gr.-Gardinen bei Reidenburg (Osnabrück) geboren ist, hatte es sich nicht nehmen lassen, seinen Vaterlande in der Stunde der Not zu helfen. Die Anstrengungen der weiten Reise waren aber zu groß. Nachdem er seine Stimme abgegeben hatte, erkrankte er, wurde in das Krankenhaus eingeliefert und starb kurz darauf.

Koburg. Ein eigenartiger Pferdediebstahl wurde auf dem Rittergut Neudorf bei Coburg ausgeführt. Während sich die Gutsbewohner in den Kart von der Maul- und Klauenrente heimgeschuldeten Viehhallen zu schaffen machten — es mußten etwa 12 Stück Vieh notgeschlachtet werden — drangen Diebe in den Pferdestall ein, stahlen vier wertvolle Adterpferde und fuhren mit diesen in einem ebenfalls auf dem Hof gestohlenen Wagen davon. Die Spur der Räuber führt in die Gegend von Bamberg, wohin die Polizei in Automobilen die Verfolgung aufnahm.

Gledenberg. Ein uraltes sechsstöckiges Bauerngeschlecht. Die Familie Klipp in Gledenberg im Kreise Lüchow (Hannover) bewirtschaftet etwa 500 Jahre ein und denselben Hof, der in der Jahrhunderte Zeitlauf stets vom Vater auf den Sohn überging. Der Weltkrieg hat aber den letzten männlichen Sproß dieser niedersächsischen Bauernfamilie als Opfer gefordert. Auf keinen anderen Hof des Wendelandes hat sich so lange ein und derselbe Name erhalten.

Hagen i. W. Selbstmord eines Steuerfeindes. In Hagen im Westfalen hat sich ein 78-jähriger Rentner erhängt, der von seinem bedeutenden Vermögen 90.000 Mark an Steuern abgeben sollte.

Saarbrücken. In den Grenzgebieten des Saarlandes sind Plakate angeschlagen, in denen angeordnet wird, daß jede Person, die in das Saarland einreist, Identitätspapiere bei sich zu führen hat, die sie auf Verlangen den Behörden, zu denen auch französische Gendarmerieposten ge-

hören, vorzuzeigen hat. Jeder Reisende hat sich binnen 48 Stunden nach seiner Einreise auf dem Bureau der Saarregierung in Saarbrücken zu melden.

Straubing. Sieben russische Kriegsgefangene zum Tode verurteilt. Das Volksgericht zu Straubing verurteilte die russischen Kriegsgefangenen Balajew und Podan wegen Raubmordes, begangen an einem Kameraden, dem russischen Kriegsgefangenen Kuslow, der Zigarettenhandel betrieb, zum Tode.

Kirchennachrichten

für den 9. Sonntag nach Trinitatis, den 1. August 1920

und die folgenden Wochenstage.

Dresden.

Nunnenk. 9 Am.: Pf. Höhberg. $\frac{1}{2}$ Do.: Derl. $\frac{1}{2}$ E. i. d. Taubstummenklinik: P. Schulte. $\frac{1}{2}$ E.: Pf. Höhberg. 6: P. Schmidel. — Mi. 6 Bibelst.: Pf. Höhberg.

Bräunsdorf. $\frac{1}{2}$ Do. u. Am.: P. Prehn. $\frac{1}{2}$ E.: P. Richter. 6 G.: Derl. — Do. 8 Bibelst. im Gem.-Saal: P. Prehn. — Fr. 8 Glaubensst. im Gem.-Saal: P. Schulte.

Evang. Hof- und Sophien-K. $\frac{1}{2}$ Am.: Hofpr. Pf. Dr. Köpisch. — Fr. $\frac{1}{2}$ B. Am.: Bibelst. Höfsted.

Jacobisk. $\frac{1}{2}$ B. u. Am.: Pf. Vig. Dr. Kühn. $\frac{1}{2}$ Do.: Dan. Unterred. m. d. konf. weibl. Jugend: Derl. 11 Unterred. m. d. konf.: P. Glügge. 1 E.: P. Glügge. 6: P. Köppler. — Mi. 8 Bibelst.: P. Glügge.

Johannes-K. $\frac{1}{2}$ Am.: P. Siegert. $\frac{1}{2}$ Do. u. Am.: P. Bundesmann. 2 E.: Derl. 6: P. Siegert. — Christliche Gemeinschaft-K. $\frac{1}{2}$ Do. 8 Bibelst.: Rand. 10 min. Siegel.

Kreuzk. $\frac{1}{2}$ Am.: P. Böhme. $\frac{1}{2}$ Do.: P. Krömer; dan. in der Nebenjahrzeit Am.: Derl. 6: Sup. Dr. Köpisch; dan. Am.: Derl. — Do. 10 Am.: P. Böhme. — Fr. 7 im Gem.-Saal. An der Kreuzkirche 7: Pf. P. Böhme.

Lukask. $\frac{1}{2}$ Do. monatl. B.-Am.: P. Schmidel. 6: P. Kohmann. — Do. 10 monatl. B.-Am.: P. Schulte.

Wittenberg. $\frac{1}{2}$ Am.: P. Alex. $\frac{1}{2}$ Do.: Derl. 8 (u. Umstand. i. Pfarrgarten): P. Vig. Dr. Böhndorf. — Do. 8 i. Gem.-Saal Bibelst.: P. Vig. Dr. Böhndorf.

Trinitatiss. $\frac{1}{2}$ Am.: Pf. D. Blaudmeister. $\frac{1}{2}$ Do.: Derl. 6 Pr.: P. Spranger. — Do. 8 Bibelst.: Derl. — Mi. 10 B.-Am.: Pf. D. Blaudmeister.

Bornstädt, Vorort und Landgemeinde.

Gräbers. $\frac{1}{2}$ Do.: P. Schneider. Dan. Am. $\frac{1}{2}$ E. i. Kinderg.: P. v. Arndt. 3 E.: P. Schneider. 6 Abendg. Sieb. Versöhnungs-K. — Mi. 10 Wochentommunion: P. Schneider.

Berlitzungs-K. $\frac{1}{2}$ Do. u. Am.: P. Pilny. $\frac{1}{2}$ Do.: P. Richter. Unterred.: Derl. 2 E.: Derl. $\frac{1}{2}$ And. f. Schwerhörige: Derl. 6 Pr. u. Am.: Derl.

Bannenwitz. 9 Pr. in Bannenwitz: Pf. Kodel.

Blatzwitz. $\frac{1}{2}$ Do. u. Am.: P. Kauder. — Mi. 8 Bibelst.: Pf. Leuschner.

Briesnig. 9 Pr.: Pf. Fröhlich. 10 Am.: Derl. 3 E.: P. Voigtl. — Böhlenamt: Derl.

Büblan. 9 Pr.: Pf. D. Schumann.

Coschau. 9: Pf. Bendler. $\frac{1}{2}$ Kinderg.

Deuben. $\frac{1}{2}$ Am.: P. Prager. 9 Pr.: Derl. 3 Rimbach: Derl. — Fr. 8 Bibelst. (Gemeinschaftspleite) 1. Diaconatsaal: P. Prager.

Heidenau (Christuskirche). 9 Pr. u. Am.: P. Geyserth.

— B.-A.: Derl.

Heidenau (Luthergemeinde). 9 Pr.: P. i. R. Schneider.

Hösseringen-Pillnitz. 9 Gottesd. Pillnitz: Pf. Kreischaer.

Kesselsdorf. $\frac{1}{2}$ Do.: P. Zacharias. 9 Pr.: Pf. Heber.

1 Kinderg.: Pf. Heber. 2 E.: P. Kleinbachhainz. 9 Predigtg., dan. Am.: P. Kübel. $\frac{1}{2}$ Kinderg.: Derl. — Mi. 10 Männer u. Jünglingsverein.

Lausa. 9 Pr.: Pf. Fischer.

Leuben. $\frac{1}{2}$ Am.: P. Heinrichs. 9 Pr.: Pf. Wissler.

$\frac{1}{2}$ E.: P. Reinhardt.

Leubnitz-Reußnitz. $\frac{1}{2}$ Am., 9 Pr.: Pf. Schmidt. — Mi. 8 i. d. alten Pfarrer Bibelst.: Pf. Schmidt. — Betzaal Katz:

$\frac{1}{2}$ Am., 5 Pr., 6 Kinderg.: Pf. Schmidt.

Löschwitz. $\frac{1}{2}$ Do. u. Am.: Pf. Schulz.

Überseitzig. $\frac{1}{2}$ G., dan. Am.: P. Grödel (Dresden-Tetta).

Radebeul. $\frac{1}{2}$ B. u. Am., 9 Pr.: P. Hilliger. — Wochenaamt: Derl.

Rähnitz. 10 Kinderg.: Pf. Meyer.

Reichenberg. 9 Pr.: Pf. Herrmann.

Weißer Hirsch. $\frac{1}{2}$ Do.: Pf. Ludwig.

Weißig. 9 Pr.: Kirchenrat Kaiser aus Bühlau.

Willendorf. $\frac{1}{2}$ Kinderg.: Pf. Meyer.

Berantwortliche Schriftleitung:

J. B.: Paul Leopold, Dresden-N., Bogelerstraße 16, für Anzeigen: Paul Leopold, Dresden-N., Bogelerstr. 16, Geschäftsstelle: Blaewitz, Tollwitzer Str. 4, am Schillerplatz.

versahen rücksichtig zu machen. Ihr Haus ist nach seinem Werte abgeschätzt worden. Aber da ich Ihnen von heute ab zu grohem Dank verpflichtet bin, will ich aus meinen eigenen Mitteln fünftausend Kronen zu der Haussumme zulegen!"

"Fünftausend Kronen!" wiederholte Stock mit eigentümlicher Betonung. "Also gerade die Summe, um decentwillen ich angeklagt war, Fräulein von Rabenau ermordet zu haben. Kein, von Ihnen nehme ich keinen Heller an!"

"Mein Angebot scheint Ihnen Un dank herauszufordern!"

"Allerdings," entgegnete Stock sarkastisch.

Harald sah noch einen Augenblick nach, dann fragte er rasch: "Unter welchen Bedingungen würden Sie sich mit dem Gedanken vertraut machen, für immer von hier zu gehen?"

"Erst muß der Mörder entdeckt sein und ich meine Ehre wiedergewonnen haben."

"Es ist ein Irrtum, wenn Sie glauben, daß ich etwas zu Ihrer Rechtfertigung tun kann," entgegnete Stock, ohne seine Haltung zu verlieren. "Den Mörder meiner Tante zu entdecken, ist Sache des Gerichts."

"In Ihrer Hand liegt es, das Gericht auf die rechte Spur zu bringen."

Ein Ausdruck wilden Hasses, der Harald schon fröhlich erschreckte, flammte jetzt wieder in Stocks Augen auf.

Der Hofschrund war dicht vor Harald hingetreten und fuhr in